



Protokoll

78. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 23. Juni 2011

10.00–12.00 / 14.00 – 16.20 Uhr

Abwesend Vormittag:

Halder Ueli und Herwig Beatrice

Abwesend Nachmittag:

Halder Ueli, Herwig Beatrice und Schweizer Hannes

Kanzlei

Mundschin Walter

Protokoll:Maurer Andrea, Klee Alex, Laube Brigitta und Schaub
Miriam**Index**

Mitteilungen	2731
Traktandenliste	2731
Dringliche Vorstösse	2742

Traktanden

- | | |
|--|---|
| <p>1 Anlobung von Peter Holinger als Strafrichter
<i>angelobt</i> 2731</p> <p>2 2011/177
Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2011: Wahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank
<i>alle gewählt</i> 2731</p> <p>3 2011/169
Bericht der Findungskommission vom 26. Mai 2011: Wahl eines neuen Landschreibers
<i>Alex Achermann gewählt</i> 2732</p> <p>4 2011/167
Bericht der Petitionskommission vom 24. Mai 2011: Petition "Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos"
<i>Kenntnis genommen</i> 2735</p> <p>5 2011/178
Bericht der Petitionskommission vom 8. Juni 2011: Petition "Rettet unsere Fliessgewässer"
<i>Überweisung an RR</i> 2736</p> <p>6 2011/073
Berichte des Regierungsrates vom 22. März 2011 und der Geschäftsprüfungskommission vom 26. Mai 2011: Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zum Regierungsprogramm 2008 – 2011
<i>Kenntnis genommen</i> 2737</p> <p>7 2011/144
Berichte des Regierungsrates vom 10. Mai 2011 und der Geschäftsprüfungskommission vom 26. Mai 2011: Stellungnahme des Regierungsrates zum GPK-Bericht zur Umsetzungsüberprüfung der PUK Informatik
<i>beschlossen</i> 2738</p> <p>8 2011/080
Berichte des Regierungsrates vom 22. März 2011 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2011: Staatsrechnung 2010
<i>genehmigt</i> 2740 und 2743</p> <p>9 2011/129
Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2011 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2011: Nachtragskredite zum Budget 2011
<i>beschlossen</i> 2745</p> <p>10 2011/057
Berichte des Regierungsrates vom 1. März 2011 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 7. Juni 2011: Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ)
<i>Kenntnis genommen</i> 2746</p> <p>11 2011/103
Berichte des Regierungsrates vom 5. April 2011 und der Justiz- und Sicherheitskommission vom 16. Mai 2011: Postulat 2009/168 von Regula Meschberger: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols; Abschreibungsvorlage
<i>beschlossen</i> 2748</p> | <p>12 2011/120
Berichte des Regierungsrates vom 19. April 2011 und der Bau- und Planungskommission vom 9. Juni 2011: Beantwortung Postulat 2007/115 von Hanni Huggel betreffend «Mit dem ÖV ins römische Theater in Augusta Raurica»; Abschreibungsvorlage
<i>beschlossen</i> 2749</p> <p>13 2010/384
Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende
<i>überwiesen</i> 2750</p> <p>14 2011/098
Interpellation von Ruedi Brassel vom 31. März 2011: Denkmalgeschützte Brandruine in Augst. Was macht die Regierung? Schriftliche Antwort vom 24. Mai 2011
<i>erledigt</i> 2751</p> |
|--|---|

Nicht behandelte Traktanden

15 2011/101

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 31. März 2011: Potenzial von Gut- und Best-Dächern für die solare Wärmeproduktion im Kanton. Schriftliche Antwort vom 24. Mai 2011

16 2011/066

Postulat von Hannes Schweizer vom 3. März 2011: Binnenwirtschaft stärken

17 2010/387

Postulat von Rahel Bänziger vom 11. November 2010: Innovationsbericht

18 2010/388

Postulat von Rahel Bänziger vom 11. November 2010: Verbesserung der Notfallversorgung der Bevölkerung und der Position unserer Hausärzte

19 2011/055

Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 24. Februar 2011: Kleinkinderkaries. Schriftliche Antwort vom 26. April 2011

20 2011/056

Interpellation von Rahel Bänziger vom 24. Februar 2011: Fallkostenpauschale zuerst zwischen allen Spitälern verhandeln. Schriftliche Antwort vom 26. April 2011

21 2011/022

Motion von Beatrice Herwig vom 27. Januar 2011: Unterstützung von pflegenden Angehörigen - jetzt müssen wir handeln!

22 2011/095

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 31. März 2011: Corporate Governance Regeln für die neue kantonale Spitallandschaft

23 2011/102

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 31. März 2011: Stationäre und ambulante Behandlung - Auswirkungen allfälliger Verschiebungen. Schriftliche Antwort vom 31. Mai 2011

24 2011/067

Verfahrenspostulat von Ueli Halder vom 3. März 2011: Schriftliche Begründung bei Ablehnung oder Umwandlung von Postulaten und Motionen durch den Regierungsrat

Nr. 2769

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung des Landrates, speziell den auf der Tribüne anwesenden Alt-Regierungsrat Clemens Stöckli.

Veranstaltungen

Am 13. August 2011 wird eine *Velotour des Landrates* stattfinden. Anmeldungen bitte an Bruno Baumann (SP).

Am 4. Juli 2011 geht der Grosse Rat Basel-Stadt mit dem Landrat Basel-Landschaft auf eine *Töfftour in den Jura*. Es wäre schön, wenn viele Landrätinnen und Landräte daran teilnähmen. Dazu muss man keinen Töff besitzen, es reicht ein Helm und es sei den einzelnen Teilnehmenden dann selbst überlassen, bei wem sie mitfahren wollen. Besammlung zu dieser Tour: 4. Juli 2011, 16 Uhr im "Blutigen Knochen" in Allschwil.

Entschuldigungen

Vormittag: Halder Ueli und Herwig Beatrice

Nachmittag: Halder Ueli, Herwig Beatrice und Schweizer Hannes

Wahlbüro

://: Als Mitglieder des Wahlbüros bestimmt werden: Daniela Gaugler (SVP), Jürg Degen (SP), Walter Mundschin.

StimmzählerInnen

Seite FDP: Elisabeth Augstburger (EVP)

Seite SP: Isaac Reber (Grüne)

Mitte/Büro: Marianne Hollinger (FDP)

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2770

Zur Traktandenliste

://: Traktandum 16 (Postulat von Hannes Schweizer vom 3. März 2011: Binnenwirtschaft stärken) sowie Traktandum 21 (Motion von Beatrice Herwig vom 27. Januar 2011: Unterstützung von pflegenden Angehörigen – jetzt müssen wir handeln!) werden wegen Abwesenheit des Verfassers bzw. der Verfasserin von der Traktandenliste abgesetzt.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2771

1 Anlobung von Peter Holinger als Strafrichter

Peter Holinger (SVP) wurde vom Landrat als Richter des Strafgerichts gewählt. Er gelobt, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten seines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) wünscht Peter Holinger in seinem neuen Amt viel Erfolg und gute Entschiede.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2772

2 2011/177**Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2011: Wahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank**

Daniele Ceccarelli (FDP) beantragt, dass die beiden vom Regierungsrat neu nominierten Kandidaten separat gewählt werden.

Daniel Münger (SP) fordert die Regierung auf, derartige Vorlagen in Zukunft dem Landrat früher zukommen zu lassen, damit die Kandidierenden, welche neu zur Wahl stehen, in die Fraktion eingeladen werden können.

Isaac Reber (Grüne) erklärt, die Grüne Fraktion unterstütze den vorliegenden Wahlvorschlag, die Zusammensetzung des Bankrates sei damit ausgewogen.

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) will nun zuerst über den Ordnungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen lassen und anschliessend jeden einzelnen Kandidaten zur Diskussion stellen. Abschliessend werde eine Schlussabstimmung stattfinden.

Philipp Schoch (Grüne) fragt, ob es überhaupt möglich sei, Mitglieder des Bankrates einzeln zu wählen.

Gemäss **Beatrice Fuchs** (SP) kann der Landrat jeden einzelnen Kandidaten oder Kandidatin separat wählen, es können nur keine neuen Vorschläge eingebracht werden.

://: Der Landrat lehnt den Ordnungsantrag der FDP-Fraktion, die beiden neuen Kandidaten des Bankrates separat zu wählen, mit 35:51 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.08]

Die folgenden Kandidatinnen und Kandidaten stehen zur Wiederwahl:

Adrian Ballmer

keine Wortbegehren

Urs Baumann

keine Wortbegehren

Doris Greiner

*keine Wortbegehren**Schlussabstimmung*

Wilhelm Hansen

Isaac Reber (Grüne) stellt fest, Wilhelm Hansen bleibe zwar weiterhin Mitglied des Bankrates, jedoch nicht mehr als dessen Präsident. An dieser Stelle bedankt sich Isaac Reber bei Wilhelm Hansen für die umsichtige Führung der Basellandschaftlichen Kantonalbank während der letzten Jahre. Erfreut zeigt sich Isaac Reber darüber, dass mit Elisabeth Schirmer-Mosset in Zukunft eine Frau die Führung der Kantonalbank übernehmen wird. Die Grüne Fraktion wünscht ihr viel Erfolg und hofft, dass die Bank weiterhin umsichtig geführt werde.

Claude Janiak

keine Wortbegehren

Daniel Schenk

keine Wortbegehren

Elisabeth Schirmer-Mosset

keine Wortbegehren

Hans Ulrich Schudel

keine Wortbegehren

Dr. Dieter Völlmin

keine Wortbegehren

Folgende Kandidaten sollen neu in den Bankrat gewählt werden:

Andreas Spindler

Daniele Ceccarelli (FDP) fragt, ob beispielsweise über diesen Kandidaten separat abgestimmt werden könnte.

Gemäss Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) ist dies nicht möglich, nachdem das Parlament den Ordnungsantrag der FDP-Fraktion abgelehnt habe. Es gebe nur eine Schlussabstimmung, zu den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten dürfe man sich selbstverständlich äussern.

Daniel Münger (SP) hat den Eindruck, das Vorgehen sei bei der Abstimmung über den Ordnungsantrag nicht ganz klar gewesen.

Daniele Ceccarelli (FDP) stellt den Rückkommensantrag, noch einmal über den Ordnungsantrag abzustimmen. Beabsichtigt habe man, dass die neuen Mitglieder des Bankrates in einer geheimen Abstimmung einzeln gewählt werden.

Für **Isaac Reber** (Grüne) war die erste Abstimmung klar. Er versteht daher nicht, warum man darauf zurückkommen sollte.

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) lässt erneut darüber beschliessen, ob über die beiden neuen Kandidaten geheim abgestimmt werden soll.

://: Mit 35:49 Stimmen bei 1 Enthaltung spricht sich der Landrat gegen Geheime Wahl der beiden neuen Bankratsmitglieder aus.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.13]

Frenk Mutschlechner

keine Wortbegehren

://: Mit 72:2 Stimmen bei 14 Enthaltungen wählt der Landrat die folgenden Personen als Mitglieder des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank:

Adrian Ballmer, Urs Baumann, Doris Greiner, Wilhelm Hansen, Claude Janiak, Daniel Schenk, Elisabeth Schirmer-Mosset, Hans Ulrich Schudel, Dr. Dieter Völlmin, Andreas Spindler, Frenk Mutschlechner

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.14]

Verteiler:

- Adrian Ballmer, Langhagstrasse 21, 4410 Liestal
- Urs Baumann, Bruderholzstrasse 45, 4153 Reinach
- Doris Greiner, Altbrunnenweg 5a, 4410 Liestal
- Wilhelm Hansen, Unterer Rheinweg 42, 4057 Basel
- Claude Janjak, Münsterplatz 10, 4102 Binningen
- Daniel Schenk, Neusatzweg 14, 4106 Therwil
- Elisabeth Schirmer-Mosset, Tiergartenstrasse 37, 4415 Lausen
- Hans Ulrich Schudel, Bierastrasse 31, 4103 Bottmingen
- Dr. Dieter Völlmin, Weiherhofstrasse 15, 4415 Lausen
- Andreas Spindler, St. Jakobstrasse 56, 4147 Aesch
- Frenk Mutschlechner, Römerstrasse 45, 4106 Therwil

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2773

3 2011/169**Bericht der Findungskommission vom 26. Mai 2011: Wahl eines neuen Landschreibers**

Kommissionspräsidentin **Daniela Schneeberger** (FDP) betont, mit der Wahl des Landschreibers oder der Landschreiberin werde eine für unseren Kanton wichtige und zentrale Personalentscheidung getroffen. Es sei daher gerechtfertigt, im Zusammenhang mit diesem Geschäft einen gewissen Aufwand zu betreiben. Der Landrat wünsche, speziell für die Wahl eines Landschreibers oder einer Landschreiberin eine Findungskommission einzusetzen. Diese Findungskommission wurde am 28. Oktober 2010 gewählt und nahm ihre Funktion vom 11. Januar 2011 bis 13. Mai 2011 wahr.

Von Anfang an war klar, dass gemäss den gesetzlichen Bestimmungen eine öffentliche Ausschreibung der Stelle eines Landschreibers stattfinden müsse. Aus den eingegangene Bewerbungen gingen schliesslich sieben denkbare Kandidatinnen und Kandidaten hervor, welche zu einem Vorstellungsgespräch aufgeboten wurden. Mit einem umfangreichen Fragenkatalog wurden die Bewerberinnen und Bewerber auf Herz und Nieren geprüft. In die engere Wahl kamen schliesslich drei Kandidaten. Im Rahmen eines zweiten, vertiefteren Gesprächs wurden sie mit zentralen Fragen zu den Aufgaben eines Landschreibers konfrontiert. Alle drei Kandidaten erhielten die Fragen schriftlich und im Voraus und konnten sich entsprechend vorbereiten. Mit allen drei Kandidaten fanden sehr interessante und aufschlussreiche Gespräche statt. Die Kommissionsmitglieder kamen zum Schluss, dass alle drei Kandidaten dem Anforderungsprofil entsprechen und somit wählbar sind.

Im Anschluss an den aufwändigen und sorgfältigen Evaluationsprozess fanden innerhalb der Findungskommission sehr intensive und auch kontroverse Diskussionen statt. Die Kommissionsmitglieder machten sich ihre Aufgabe nicht leicht und eine Kommissionsmehrheit beschloss schliesslich, dem Landrat nur zwei der verbliebenen drei Kandidaten namentlich zur Wahl zu empfehlen. Dieser Mehrheitsentscheid ändert jedoch nichts am Umstand, dass alle drei Kandidatinnen und Kandidaten dem Anforderungsprofil eines Landschreibers entsprechen und sich heute auch zur Wahl stellen.

Als Kommissionspräsidentin stellt Daniela Schneeberger abschliessend fest, dass die Findungskommission den Auftrag des Parlaments erfüllt habe. Es sei jetzt am Landrat, die richtige Wahl zu treffen.

Ruedi Brassel (SP) stellt fest, bei der Wahl des Landschreibers gehe es um die Besetzung der wahrscheinlich anspruchsvollsten Doppelrolle in unserem Kanton, eine Doppelrolle zwischen Regierung und Landrat, welche kürzlich vom Landrat in der Parlamentsreform-Diskussion bestätigt wurde. Die SP-Fraktion gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, der neue Landschreiber möge seine Aufgaben genauso erfolgreich erfüllen, wie dies Walter Mundschin tat. Das Spannungsfeld zwischen Parlament und Regierung erfordert viel Fingerspitzengefühl, Einfühlungsvermögen, kommunikative Fähigkeiten, Flexibilität und Erfahrung, aber auch die Bereitschaft, auf Neues einzugehen und Neuem Raum zu lassen.

Für die Findungskommission kamen sieben Personen in die engere Wahl als Landschreiber, bedauerlicherweise keine Frau. In der engsten Auswahl wurden schliesslich noch drei Personen als wählbar erachtet, von denen zwei in den Vordergrund gestellt wurden.

Die Mitglieder der SP-Fraktion sind der Meinung, dass eine Person die Anforderungen, welche an das Amt des Landschreibers gestellt werden, am deutlichsten erfüllt. Es ist dies Walter Ziltener, der über 21 Jahre in Birsfelden erfolgreich als Gemeindeverwalter tätig war. Walter Ziltener ist ausgebildeter Jurist mit Advokaturexamen und konnte in seiner Tätigkeit in Birsfelden jahrelang die nötige Neutralität beweisen, um in einer ähnlichen Doppelrolle wie derjenigen des Landschreibers als Gemeindeverwalter für die Bevölkerung, den Gemeinderat aber auch die Legislative (seinerzeit der Einwohnerrat, heute die Gemeindeversammlung) zu wirken. Walter Ziltener bewies, dass er Dienstleistungsbereitschaft nicht nur lebt, sondern auch in der Verwaltung umsetzen kann. Es ist besonders wichtig, dass die vom Landschreiber geführte Landeskanzlei für das Parlament die notwendige Unterstützung anbietet.

In seiner langjährigen Tätigkeit zeigte Walter Ziltener auch, dass er bereit ist zur Innovation. So schloss er unlängst die Realisierung des anspruchsvollen Projekts der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung in Birsfelden ab. Es handelt sich dabei um ein Instrument, welches auch auf Kantonsebene realisiert werden soll. Walter Ziltener bringt also die notwendige Erfahrung mit Innovationsprozessen mit.

Dass eine besondere Konstellation in Birsfelden zur Auflösung von Walter Zilteners Arbeitsverhältnis führte, ist bekannt. Für den Kanton könne dies nur als Chance betrachtet werden, denn mit Walter Ziltener steht eine Person zur Verfügung, welche Erfahrung, Innovationsbereitschaft und Dienstleistungsbereitschaft mitbringt, Eigen-

schaften, welche für den neuen Landschreiberposten notwendig sind.

Ruedi Brassel bittet den Landrat darum, den Wahlvorschlag der SP-Fraktion zu unterstützen.

Thomas de Courten (SVP) bezeichnet die Wahl eines neuen Landschreibers als nicht einfach, nicht nur wegen der Bedeutung, welche dieses Amt für unseren Kanton hat. Der bisherige Amtsinhaber füllte das Amt mit Bravour aus. Der SVP-Fraktion ist es ein Anliegen, Walter Mundschin den grössten Respekt der SVP für seine langjährigen Verdienste als Landschreiber des Kantons Basel-Landschaft zu erweisen. Walter Mundschin wird grosse Fussstapfen hinterlassen, mit ein Grund, weshalb die bevorstehende Wahl nicht einfach sei.

Nach Anhörung aller Kandidaten entschied sich die SVP-Fraktion dafür, Alex Achermanns Kandidatur zu unterstützen. Neben der fachlichen Kompetenz, ausgeprägten Führungsqualitäten und fundierter Kenntniss von Politik und Verwaltung waren die folgenden Erwartungen an den neuen Landschreiber wichtige Entscheidungskriterien:

1. Der Kandidat soll über eine klare Vorstellung verfügen, wie die Landeskanzlei in Zukunft weiterentwickelt werden soll, sowohl als Dienstleister gegenüber Parlament, Regierung und Bevölkerung, als auch hinsichtlich der organisatorischen und betrieblichen Effizienz.
2. Der Landschreiber soll die Schnittstelle zwischen Landrat und Regierung mit diplomatischem Geschick, mit einem dynamischen Weitblick, aber auch mit klaren Wertvorstellungen ausfüllen, dies unabhängig von parteipolitischen Interessen. Forderungen nach einem unabhängigen Parlamentsdienst, wie sie neulich vom Landrat verworfen wurden, muss ein Riegel geschoben werden.
3. Der Landschreiber ist einer der höchsten Repräsentanten unseres selbständigen und unabhängigen Kantons, entsprechend soll sein Herz für das Baselbiet schlagen.

Nach der Durchführung der Hearings kam die SVP-Fraktion zum Schluss, dass sich grundsätzlich alle Kandidaten, welche sich der Wahl stellen, für das Amt des Landschreibers eignen. Der Findungskommission kann diesbezüglich ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die Findungskommission unterliess es jedoch, die Kandidaturen vertiefter zu prüfen, wie dies in der Privatwirtschaft üblich ist, beispielsweise durch die Erstellung eines Persönlichkeitsprofils oder die Durchführung eines Assessments oder durch das Einholen beruflicher Referenzen. Derartige Informationen standen dem Landrat nicht zur Verfügung, sie mussten anlässlich der Hearings eingeholt werden. Von einer professionellen Rekrutierung für das Landschreiberamt sollte man erwarten dürfen, dass die genannten, zusätzlichen Aspekte in ein solches Verfahren einfließen. Die SVP-Fraktion wird Wert darauf legen, dass bei einem nächsten Verfahren diesem Punkt mehr Beachtung geschenkt wird.

Aufgrund der vorgenannten Erwartungen und Voraussetzungen wird die SVP-Fraktion einstimmig Alex Achermanns Kandidatur unterstützen.

Daniele Ceccarelli (FDP) schickt seinen Ausführungen den Dank an Daniela Schneeberger voraus, denn die Findungskommission erledigte ihren Auftrag in sehr aufwändiger, gewissenhafter und professioneller Art und

Weise. Die Frage der Assessments werde sich in der Findungskommission allenfalls gestellt haben und sie wären auch durchgeführt worden, hätte eine Kommissionmehrheit dies gewünscht.

Daniele Ceccarelli bedankt sich auch bei Walter Mundschin für die immer tolle Zusammenarbeit. Walter Mundschin ist hoch kompetent und kennt jede Verästelung des Labyrinths Parlament. Er unterstützte den Landrat in seiner Arbeit stets optimal.

Die heute zur Diskussion stehenden Kandidaten wurden in der Fraktion begrüsst. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind sowohl Martin Leber als auch Alex Achermann ohne Weiteres wählbar.

Felix Keller (CVP) beantragt im Namen der CVP/EVP-Fraktion, Alex Achermann als Landschreiber zu wählen. Nach den Hearings mit allen drei Kandidaten zeigte sich, dass Alex Achermann der am besten geeignete Kandidat für die Stelle des Landschreibers ist. Die Landeskanzlei funktioniert heute auffallend gut und harmonisch, was bereits in der Diskussion zur Parlamentsreform festgestellt wurde. Dies ist zu einem grossen Teil Walter Mundschin zu verdanken. Die CVP/EVP dankt Walter Mundschin für seinen grossen Einsatz.

In den letzten 23 Jahren hat jedoch auch Alex Achermann seinen Beitrag zum guten Funktionieren der Landeskanzlei geleistet. Wie die Findungskommission erkannte, entspricht Alex Achermann dem Anforderungsprofil eines Landschreibers. Er arbeitet effizient, kompetent und geräuschlos, was für ihn nun kein Nachteil bedeuten dürfe. Die CVP/EVP zeigt sich überzeugt, dass Alex Achermann seine Führungsposition sehr umsichtig wahrnehmen würde. Es gelte, effizient zu sein, ohne sich selbst in den Vordergrund zu schieben, und so gut mit der Regierung, der Verwaltung und erst recht innerhalb der Landeskanzlei zusammenzuarbeiten.

Alex Achermann kann Walter Mundschins Stelle ohne Anlaufzeit übernehmen und die Landeskanzlei dann, wo nötig, optimieren sowie den Zweiten Landschreiber so einsetzen, dass in 10 Jahren die heutige Kontinuität weitergeführt werden kann.

Für die CVP/EVP ist Alex Achermann der Garant für Kontinuität in der Landeskanzlei, denn er kennt diese Arbeit von Grund auf. Angefangen hat seine Laufbahn beim Kanton als akademischer Mitarbeiter, in den letzten 23 Jahren konnte er sich auf der Landeskanzlei ein sehr profundes Wissen aneignen. Unabhängig von der Frage, wo das politische Herz der einzelnen Ratsmitglieder schlägt, bittet Felix Keller diese, Alex Achermann die Stimme zu geben.

Philipp Schoch (Grüne) betont, heute werde nicht irgendein Verwaltungsjob besetzt, sondern DER Top-Job der Baselbieter Politik. Es handelt sich dabei um keine einfache Position, denn man muss oder darf Diener zweier Herren sein. Dabei muss auf sehr viele Interessen Rücksicht genommen werden und es muss versucht werden, die Politik zusammenzuführen und Ziele für unseren Kanton zu erreichen, dies an der wichtigen Scharnierfunktion zwischen Parlament, Regierung und Verwaltung.

Walter Mundschin hinterlässt grosse Fussstapfen und das Parlament darf grosse Erwartungen an die Persönlichkeit haben, welche neuer Landschreiber wird. Die Findungskommission setzte sich in einem intensiven Prozess mit der Frage auseinander, wer Walter Mundschins Nach-

folge antreten soll. Trotzdem werde es heute wohl zu einem anderen Resultat kommen, als dies die Findungskommission dachte. Die Kommission schaffte es offenbar nicht, die Eigenschaften der vorgeschlagenen Personen den Landrätinnen und Landräten näher zu bringen.

Philipp Schoch war Mitglied der Findungskommission und wies bereits nach dem Eingang der zwanzig Bewerbungen für die Stelle des Landschreibers darauf hin, dass es sinnvoll wäre, eine professionelle Begleitung der Kommission zu suchen. Es wäre sicherlich nützlich gewesen, auch aktiv auf die Suche nach geeigneten Persönlichkeiten zu gehen. Allenfalls wäre es so auch möglich gewesen, eine Frau zu finden. Beim Auswahlverfahren hätte man sich noch mehr bemühen können, beispielsweise mit dem Einholen von Referenzen und mit der Durchführung von Assessments. Entsprechende Anträge in der Kommission fanden keine Unterstützung, was Philipp Schoch bedauert. In der Findungskommission hatte die Parteipolitik keine Bedeutung, im Landrat präsentiert sich die Situation nun etwas anders.

Philipp Schoch erachtet es als nicht sinnvoll, im Zusammenhang mit der Wahl des Landschreibers einen parteipolitischen Entscheid zu treffen. Für den Kanton und die Politik in unserem Kanton müsse ein guter Kandidat auf dem Wahlzettel notiert werden.

Rolf Richterich (FDP) erinnert sich an die Diskussionen zur Parlamentsreform, welche durch einen Vorstoss der CVP/EVP-Fraktion ausgelöst wurden. Es wurde eine Entflechtung von Parlament und Regierung und damit eine Aufteilung der Leitung Parlamentsdienst und Landschreiber gefordert. Rolf Richterich mutet es nun komisch an, dass die CVP/EVP betont, wie gut die heutige Situation sei.

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen die Wahlzettel

Resultat Wahl eines neuen Landschreibers

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	88
Zahl der leeren Wahlzettel	2
Zahl der ungültigen Wahlzettel	1
Zahl der gültigen Stimmen	85
<i>Absolutes Mehr</i>	43

://: Gewählt ist mit 52 Stimmen: Alex Achermann, Binningen

Weitere Stimmen erhalten haben:

Walter Ziltener, Birsfelden	29
Martin Leber, Sissach	4

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) gratuliert Alex Achermann herzlich zu seiner Wahl als neuer Landschreiber.

Agathe Schuler (CVP) benutzt die Gelegenheit, an dieser Stelle Alex Achermann ebenfalls herzlich zu seiner tollen Wahl als Landschreiber zu gratulieren.

://: Mit 69:1 Stimmen bei 1 Enthaltung beschliesst der Landrat, die Findungskommission Landschreiber/in aufzulösen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.10]

Verteiler:

- Dr. Alex Achermann, Rottmannsbodenstr. 95A, 4102 Binningen
- Landeskanzlei

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2774

4 2011/167

Bericht der Petitionskommission vom 24. Mai 2011: Petition "Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos"

Kommissionspräsidentin **Agathe Schuler** (CVP) berichtet, die Petition "Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos" sei von der Grünliberalen Partei Baselland am 10. März 2011 mit rund 1'500 Unterschriften eingereicht worden. Die an den Landrat und an den Regierungsrat gerichtete Bittschrift verlangt, das Umwelt-Abo (U-Abo) des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) beizubehalten und es "ökologisch und ökonomisch sinnvoll weiter zu entwickeln".

Die Petitionskommission hörte die Petenten an, welche die Beliebtheit des Umwelt-Abos betonten. In den letzten Jahren habe das günstige Angebot viele Menschen zum Umsteigen vom Auto auf den ÖV motiviert. Die Grünliberale Partei wolle nun verhindern, dass die Leute, weil das Angebot zu unattraktiv wird, zurück aufs Auto umsteigen. Die weiteren Details der Bittschrift und die Erwägungen der Petenten können detailliert im Kommissionsbericht nachgelesen werden.

Die BUD nahm schriftlich und mündlich Stellung zur Petition und betonte, man teile das Anliegen, dass das Umweltschutz-Abo grundsätzlich beibehalten werden solle. Sie machte aber auch darauf aufmerksam, dass die Tarifhoheit bei den Transportunternehmen liege. Eine Tarifierhöhung werde früher oder später notwendig sein, da das Angebot im öffentlichen Verkehr stetig ausgebaut wurde. Auch der Bedarf an neuem Rollmaterial ist gross, was eine weitere Kostensteigerung bedeutet. Der Aufforderung, das U-Abo ökologisch und ökonomisch sinnvoll weiter zu entwickeln, kam der Regierungsrat bereits nach, indem er mit den Regierungen der übrigen beteiligten Kantone die entsprechenden Prüfungsaufträge beim Tarifverbund Nordwestschweiz einbrachte.

Die Petitionskommission erhielt bei der Erarbeitung des vorliegenden Geschäfts nicht den Eindruck, dass das U-Abo gefährdet sei. Auch die BUD versicherte, dass sie an diesem Abonnement festhalten wolle. Die Forderung, das U-Abo sei zu erhalten, ist damit irreführend.

Inhaltlich steht die Petitionskommission hinter dem Anliegen der Petenten und sie unterstützt daher den Kurs des Regierungsrates. Sie erhielt den Eindruck, mit der vorliegenden Petition würden offene Türen eingermannt. Die Petition ist nach der Ansicht der Kommission erfüllt und kann in diesem Sinne zur Kenntnis genommen werden.

Die Petitionskommission beantragt dem Landrat einstimmig, die Petition "Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos" zur Kenntnis zu nehmen.

Bruno Baumann (SP) bezeichnet das Umweltschutz-Abonnement als Erfolgsgeschichte, welche auch in anderen Kantonen Nachahmer fand. Die SP-Fraktion kann den Äusserungen der Kommissionspräsidentin nur beipflichten und Bruno Baumann betont noch einmal, eine Abschaffung des U-Abos stehe überhaupt nicht zur Diskussion. Zur Diskussion stehen allenfalls gewisse Veränderungen. Für die SP-Fraktion ist die vorliegende Petition damit erledigt.

Rosmarie Brunner (SVP) pflichtet der Kommissionspräsidentin ebenfalls bei. Die SVP-Fraktion werde die vorliegende Petition zur Kenntnis nehmen. Eine Abschaffung des U-Abos stand nie zur Diskussion, das U-Abo ist zudem im Leistungsauftrag für den öffentlichen Verkehr enthalten. Selbstverständlich wolle man in Zukunft möglichst wenig verschiedene Tarifzonen. Der Titel der Petition ist irreführend, denn damit wurden nur offene Türen eingerannt. Allenfalls handle es sich bei der Petition um ein wahltaktisches Manöver.

Christa Oestreicher (FDP) betont, zum vorliegenden Geschäft sei bereits alles gesagt worden und die FDP-Fraktion könne den Bericht sowie die Petition einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Rolf Richterich (FDP) gibt zu bedenken, dass das U-Abo sehr preiswert sei. Bezüglich Leistungen, welche im U-Abo enthalten sind, werde immer nach Zürich geschickt. Die dortigen Leistungen kosten jedoch deutlich mehr, als dies bei uns der Fall ist. Beispielsweise ein Abo für die Zugfahrt von Zürich Oerlikon nach Zürich Flughafen (ca. 8 bis 10 Minuten Fahrt) kostet jährlich weit über 1'000 Franken. Allein für das Stadtgebiet kostet ein Abonnement 711 Franken. Es ist also zu hinterfragen, ob BewohnerInnen von Basel-Stadt heute wirklich zu viel für das U-Abo bezahlen. Die Tarifierung ist immer sehr schwierig, so muss beispielsweise auch überlegt werden, ob der Kostendeckungsgrad unseres U-Abo überhaupt noch richtig sei. Rolf Richterich ist der Ansicht, der Kostendeckungsgrad sollte vergleichbar mit demjenigen in Zürich oder Bern werden. Speziell wenn das Angebot noch ausgebaut werden soll, muss mittelfristig auch der Kostendeckungsgrad erhöht werden.

Peter Holinger (SVP) stellt fest, im Tarifverbund Nordwestschweiz fehlten immer noch die Strecken Tecknau-Olten und Läuelfingen-Olten. Es ist für Pendler nach und von Olten schade, dass diese Strecken nicht enthalten sind.

Christine Gorrengourt (CVP) ist der Ansicht, eine gewisse Kostengleichheit sei gewährleistet, denn wer in der Agglomeration von Basel lebt, benutzt das U-Abo oftmals für viele kürzere Fahrten, während Pendler von weiter weg eher längere, dafür aber weniger Fahrten unternehmen.

Schlussabstimmung

://: Der Landrat unterstützt den Antrag der Petitionskommission mit 80:0 Stimmen. Damit nimmt er die Petition "Für die Beibehaltung des Umwelt-Abos" zur Kenntnis.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.52]

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2775

5 2011/178

Bericht der Petitionskommission vom 8. Juni 2011: Petition "Rettet unsere Fliessgewässer"

Kommissionspräsidentin **Agathe Schuler** (CVP) informiert, die vom Schweizerischen Fischerei-Verband (SFV) lancierte Petition "Rettet unsere Fliessgewässer" mit 12'750 Unterschriften sei am 7. März 2011 bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht worden. Sie richtet sich an die Bundesversammlung, den Bundesrat und die Kantone.

Dem Petitionstext kann entnommen werden, dass sich die Ziffern 2, 3, 5 und 6 der Petition auch an die Kantone richten. Eine Zusammenfassung kann im Kommissionsbericht nachgelesen werden.

Die Petitionskommission hörte folgende Personen an: eine Vertretung der Petenten – der Schweizerische Fischerei-Verband delegierte diese Aufgabe an den Kantonalen Fischereiverband Baselland (KFVBL), vertreten durch Präsident Urs Campana sowie Walter Schilling –, Adrian Auckenthaler, Leiter Ressort Gewässer und Altlasten im Amt für Umweltschutz und Energie, sowie Kantonsarzt Ignaz Bloch. Ferner holte sie schriftliche Stellungnahmen der zuständigen Direktionen ein (BUD und VGD).

Die Petitionskommission stellte fest, dass die Petition, da gesamtschweizerisch ausgerichtet, nur wenige konkrete Forderungen für den Kanton Basel-Landschaft enthalte; diese aber hält sie für sinnvoll. Die Kommission erwartet wie die Petenten, dass die Empfehlungen des Bundes von den Baselbieter Behörden beachtet und eingehalten werden. Sie hat allerdings keinen Anlass anzunehmen, dass dies nicht der Fall sei.

Im Verlauf der Beratungen wurden die Kraftwerkpläne für die Grossmatt in Zwingen kritisiert; einige Kommissionsmitglieder waren der Ansicht, das sei kein gutes Projekt, da in der Vergangenheit sehr viel in die Renaturierung der Birs investiert worden sei. Die Kommission erwartet, dass im Sinne einer Gesamtschau die kantonale Wasserstrategie wie angekündigt bis im zweiten Halbjahr 2011 erarbeitet werde und dass darin die Schutzanliegen berücksichtigen werden.

Die Petitionskommission beantragt dem Landrat einstimmig, die Petition "Rettet unsere Fliessgewässer" an den Regierungsrat zu überweisen zwecks Berücksichtigung bei der Erarbeitung der Wasserstrategie und des KRIP-Objektblatts "Wasserkraftnutzung".

Nelly Dambach (SP) betont, die SP-Fraktion könne den Ausführungen der Kommissionspräsidentin folgen. Sie spricht sich daher für die Überweisung der vorliegenden Petition an den Regierungsrat aus.

Gemäss **Georges Thüning** (SVP) schliesst sich die SVP-Fraktion der Meinung der Petitionskommission an. Die Petition ist daher an die Regierung zu überweisen. Damit verbunden wird die konkrete Erwartung, dass der Regierungsrat die Anliegen der Petition so weit als möglich und sinnvoll in seine Wasserstrategie einfließen lässt. Dies gilt auch für das KRIP-Objektblatt "Wasserkraftnutzung".

Für die SVP steht völlig ausser Zweifel, dass wir zu unseren natürlichen Ressourcen Sorge tragen müssen, dazu gehören auch unsere Gewässer mit ihren Fischpopulationen. Es spricht für die Vernunft der Petenten, dass sie nicht den Abbau von Kleinkraftwerken verlangen. Auch geht es ihnen nicht darum, neue Anlagen grundsätzlich zu verhindern. Vielmehr wollen sie, dass das Optimum aus den bestehenden Kraftwerken herausgeholt wird. In dieser Hinsicht scheinen vor allem die Rheinkraftwerke in Birsfelden und Augst einen massiven Nachholbedarf aufzuweisen. Laut den Experten würde eine Sohlenvertiefung in Birsfelden viel bringen.

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die bestehenden acht Kleinkraftwerke an der Birs nur eine SEHR bescheidene Leistung erbringen. Eine Steigerung dieser Leistung wird auch kaum möglich sein. Insofern müssen wir uns fragen, ob das geplante Grossmattkraftwerk in Zwingen weiter verfolgt werden soll, dies angesichts der ökologischen Auswirkungen und des ökonomischen Nutzens. Georges Thüning erwartet von der Bau- und Umweltschutzdirektion als Konzessionsgeberin, dass sie das genannte Projekt noch einmal einer sehr kritischen Beurteilung unterzieht und dabei vor allem auch die Anliegen der Petition berücksichtigt.

Patrick Schäfli (FDP) informiert, die FDP-Fraktion sei bereit, die Petition zur Kenntnis zu nehmen, sie beantragt jedoch, diese *nicht* an die Regierung zu überweisen. Die vorliegende Petition steht für die FDP-Fraktion völlig quer in der Landschaft und in der heutigen energiepolitischen Situation. Sie stellt ein Paradebeispiel dafür dar, wie in unserem Land die Förderung erneuerbarer Energien aller Schalmeyenklänge zum Trotz behindert und torpediert wird. An der Petition zeigt sich auch deutlich, wem die Förderung erneuerbarer Energien ein echtes Anliegen ist und bei wem es sich diesbezüglich nur um Lippenbekenntnisse handelt.

Sämtliche Flusslaufkraftwerke im Baselbiet sind bezüglich den ökologischen Ansprüchen und bezüglich der Bedürfnisse der Fische hervorragend ausgestattet (Fischtreppen, Fischlifte, etc.). Schon heute können insbesondere die beiden grösseren Flusslaufkraftwerken im Baselbiet rein ökonomisch gesehen nicht optimal genutzt werden, weil verschiedene ökologische Auflagen bestehen. Mit der vorliegenden Petition würden die Restriktionen und Schikanen für allfällige Ausbauten und Leistungserhöhungen massiv erhöht.

Die FDP-Fraktion fragt sich ernsthaft, wie die Energieversorgung in der Schweiz in den nächsten Jahren funktionieren soll, wenn keine Kernkraftwerke, höheren Stau-mauern oder Flusskraftwerke gebaut oder ausgebaut werden sollen. Die vorliegende Petition soll daher auf keinen Fall an die Regierung überwiesen werden.

Stephan Grossenbacher (Grüne) betont, die Grüne Fraktion unterstütze die vorliegende Petition und werde diese auch an die Regierung überweisen. Fischpopulationen sind unter anderem ein Hinweis auf gesundes Wasser, weshalb früher in offenen Trinkwasserreservoirs Forellen gehalten wurden. Fische sind ein Common Good, sie gehören allen und entsprechend muss dazu Sorge getragen werden. Über Fischtreppe ist der genetische Austausch unter Fischen leider nicht gewährleistet. Um den notwendigen Austausch zu gewährleisten sind Verbesserungen notwendig, damit nicht nur einzelne Fischarten, sondern gesamte Populationen wandern können. Es gilt, Sorge zur Artenvielfalt zu tragen und die einzelnen Massnahmen für die Passierbarkeit der Flüsse weiter zu erforschen. Stephan Grossenbacher wird zu diesem Thema allenfalls einen Vorstoss einreichen.

Thomas de Courten (SVP) möchte seine persönliche Meinung zu diesem Geschäft äussern. Im Votum der FDP-Fraktion wurde die Tatsache bereits angesprochen, dass wir uns zur Zeit in einer energiepolitischen Diskussion befinden, in welcher erneuerbare und CO₂-freie Energie in einem breiten politischen Konsens intensiv gefördert werden soll. Eine dieser nachgewiesenermassen erneuerbaren und CO₂-freien Energien stellt die Wasserkraft dar, für diese sollen aber gemäss Petition zusätzliche Hürden eingebaut werden. Die entsprechenden Anliegen wurden durch eine Interessengruppierung auf Bundesebene eingebracht. Sie fordert Beschränkungen, Auflagen und zusätzliche Abgaben. Gemäss Petitionskommission sollen diese Forderungen an den Regierungsrat überwiesen werden, damit er diese in seiner Planung integral berücksichtigt.

Thomas de Courten ist überzeugt, dass wir nun an einem Punkt angekommen sind, an welchem eine Gewichtung vorgenommen werden muss. Natur- und Umweltschutz sind wichtige Themen, ebenso wichtig ist die Energiepolitik. Es hier allen recht zu tun, sei nicht möglich, daher muss nun eine Gewichtung vorgenommen werden. Für Thomas de Courten ist die Nutzung der Wasserkraft zur Zeit wichtiger als einer Verschärfung der Auflagen bezüglich Natur- und Umweltschutz. Der Überweisung der vorliegenden Petition kann Thomas de Courten nicht zustimmen. Neben den Anliegen der Petenten müsste der Regierungsrat zumindest auch die energiepolitischen Aspekte bei der Erarbeitung der kantonalen Wasserstrategie und des KRIP-Objektblatts "Wasserkraftnutzung" berücksichtigen.

Für die Schlussabstimmung stellt Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) den Antrag der Petitionskommission (Kenntnisnahme und Überweisung der Petition an den Regierungsrat) dem Antrag der FDP-Fraktion (nur Kenntnisnahme, keine Überweisung) gegenüber.

://: Mit 40:37 Stimmen spricht sich der Landrat für den Kommissionsantrag aus. Er überweist somit die Petition "Rettet unsere Fliessgewässer" an den Regierungsrat zwecks Berücksichtigung bei der Erarbeitung der Wasserstrategie und des KRIP-Objektblatts "Wasserkraftnutzung".

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.09]

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

Nr. 2776

6 2011/073

Berichte des Regierungsrates vom 22. März 2011 und der Geschäftsprüfungskommission vom 26. Mai 2011: Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zum Regierungsprogramm 2008 – 2011

Kommissionspräsidentin **Hanni Huggel** (SP) berichtet, der Rechenschaftsbericht zum Regierungsprogramm sei von seiner Aufmachung her sehr bescheiden, nicht aber vom Inhalt her. Der Landrat wünschte nicht nur einen Rückblick über die letzten vier Jahre in den einzelnen Direktionen, sondern auch eine Gesamtschau. Teilweise liegt diese nun vor. Themen sind dabei die Erhöhung der Attraktivität von Basel-Landschaft als Wohn- und Wirtschaftsstandort, die Lenkung zu einer nachhaltigen Entwicklung und der Ausbau der kantonssübergreifenden regionalen Zusammenarbeit. Zu diesen drei Hauptthemen nahmen die einzelnen Direktionen Stellung. Ab Seite 31 der Vorlage wurde versucht, eine übergeordnete Sicht zu präsentieren. Eine derart übergreifende Sicht werde auch in Zukunft erwünscht sein.

Hanni Huggel zweifelt am Vorhaben der Regierung, in Zukunft alle vier Jahre eine Rückschau auf sieben strategische Schwerpunktfelder mit 20 strategischen Zielen zu halten. Vor lauter strategischer Planung darf das aktuelle Tagesgeschäft nicht vergessen werden, ein Praxisbezug muss immer vorhanden sein! Hanni Huggel gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit der neuen Berichterstattung besser über die einzelnen Direktionen hinweg zusammengearbeitet werde.

Für den vorliegenden Rechenschaftsbericht dankt Hanni Huggel der Regierung und den Berichtsverfassern. Sie bittet den Landrat um Kenntnisnahme.

Jürg Degen (SP) informiert, die Geschäftsprüfungskommission habe sich kritisch mit dem Rechenschaftsbericht auseinandergesetzt und die Präsidentin habe die kritischen Punkte bereits erwähnt. Nach den vielen Amtsberichten der letzten vier Jahre sei es wohl etwas schwierig, am Schluss noch einmal einen Rechenschaftsbericht über die letzten vier Jahre zu verfassen, welcher nicht nur Bekanntes wiederholt.

Die SP-Fraktion schliesst sich den Äusserungen der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission an und dankt dem Regierungsrat sowie der Regierungsrätin für ihre während der letzten vier Jahre geleistete Arbeit. Die SP-Fraktion beantragt Kenntnisnahme des vorliegenden Rechenschaftsberichts.

Hanspeter Wullschleger (SVP) stellt fest, im Kommissionsbericht werde aufgezeigt, wie die GPK den vorliegenden Rechenschaftsbericht qualifiziere. Dass er nun zum letzten Mal in der jetzigen Form daher komme, stimmt die SVP-Fraktion nicht unglücklich, denn vielmals handle es sich dabei doch um Wiederholungen aus den Amtsberichten. Es bringt das Parlament nicht viel weiter, wenn jede Direktion aufzählt, was sie in den letzten Jahren alles getan habe. Wichtiger wäre eine Aussage darüber, wie die Gesamtregierung ihre Leistungen beurteilt, dies insbesondere angesichts der finanziellen Lage unseres Kantons. Nichts desto trotz nimmt die SVP den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Monica Gschwind (FDP) merkt an, die Rechenschaftsberichte seien in den letzten Jahren von der GPK stets kritisiert und bemängelt worden, weil sie zu voluminös waren und einzig aus einer Fleissarbeit des Regierungsrates bestanden. Der Regierungsrat habe nun die geforderten Änderungen ernst genommen, wodurch ein wesentlich dünnerer und besser lesbarer Bericht entstanden sei.

In einem Rechenschaftsbericht sollen die folgenden Fragen gestellt und beantwortet werden: Welche Ziele wurden gesetzt? Was wurde erreicht? Was bleibt zu tun? Die ersten beiden Fragestellungen wurden im vorliegenden Bericht gut beantwortet, eine kritische Würdigung jedoch fehlt. Die Frage danach, was zu tun bleibe, blieb unbeantwortet. Dafür gab der Regierungsrat einen Ausblick darauf, wie die neuen Planungsinstrumente in Zukunft eingesetzt werden sollen. Monica Gschwind zeigt sich überzeugt, dass dadurch der Rechenschaftsbericht viel aussagekräftiger und lesbarer sein wird.

Vom vorliegenden Rechenschaftsbericht des Regierungsrates nimmt die FDP-Fraktion einstimmig Kenntnis und sie dankt dem Regierungsrat für die während der letzten vier Jahre geleistete Arbeit.

Agathe Schuler (CVP) informiert, die CVP/EVP-Fraktion werde ihren Kommentar zum vorliegenden Geschäft sehr kurz halten. Wie aus dem Bericht hervorgeht, werde man der Abschaffung des Rechenschaftsberichts in seiner heutigen Form nicht nachtrauern. Den letzten Bericht zum Regierungsprogramm nimmt die CVP/EVP zur Kenntnis und sie dankt allen daran Beteiligten herzlich.

Simon Trinkler (Grüne) erklärt, die Grüne Fraktion schliesse sich der Meinung der GPK an und nehme den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

://: Mit 61:0 Stimmen nimmt der Landrat vom Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zum Regierungsprogramm 2008 – 2011 Kenntnis.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.19]

Kommissionspräsidentin **Hanni Huggel** (SP) sitzt heute zum letzten Mal auf dem Stuhl der Referentin im Landratsaal. Vor dieser Situation fürchtete sie sich anfänglich sehr, inzwischen habe sie sich aber gut daran gewöhnt. Sie dankt dem Landrat für die gute Unterstützung, welche er der GPK zuteil werden liess, und der Kommissionssekretärin Marie-Therese Borer, welche einen wichtigen Anteil an der Arbeit der GPK hat. In einem gleitenden Übergang erteilt sie ihrem Nachfolger Hanspeter Weibel das Wort, welcher das nächste Geschäft der GPK vertreten wird.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2777

7 2011/144

Berichte des Regierungsrates vom 10. Mai 2011 und der Geschäftsprüfungskommission vom 26. Mai 2011: Stellungnahme des Regierungsrates zum GPK-Bericht zur Umsetzungsüberprüfung der PUK Informatik

GPK-Kommissionsmitglied **Hanspeter Weibel** (SVP) gestattet sich zwei Vorbemerkungen zum vorliegenden Bericht. In diesem Jahr wird das Thema Informatik bereits zum zweiten Mal behandelt, wobei es wichtig ist festzuhalten, dass die Regierung und die Verwaltung die operative Verantwortung für die Umsetzung und die Durchführung von Informatikmassnahmen tragen. In letzter Zeit wurde jedoch relativ häufig § 129 der Kantonsverfassung zitiert: § 129 Finanzhaushalt und Finanzplanung

¹ Der Finanzhaushalt ist sparsam, wirtschaftlich und konjunkturgerecht zu führen. Auf die Dauer soll er ausgeglichen sein.

² Kanton und Gemeinden sorgen für eine auf die öffentlichen Aufgaben abgestimmte Finanzplanung.

³ Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der entsprechenden Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit hin zu prüfen.

§ 61 des Landratsgesetzes äussert sich zu den Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission und Hanspeter Weibel wünscht sich, dass die Geschäftsprüfungskommission künftig vermehrt auch ein Auge auf die Einhaltung des oben zitierten Verfassungsartikels hält.

Gemeinsam mit der Finanzkontrolle verfasste die Geschäftsprüfungskommission den im Januar 2011 im Landrat behandelten Bericht 2010/411, woraufhin die Regierung Zeit für eine Stellungnahme erhielt. Positiv festzuhalten gilt es, dass GPK und Regierungsrat in der Analyse nicht weit auseinander liegen, die Bewertung jedoch ist anders, was sich in der Gewichtung und Umsetzung von Massnahmen zeigt. Noch immer stellt die GPK im Bereich Informatik erhebliche strukturelle und strategische Mängel fest. Einerseits geht es dabei um Themen wie Zentralisierung der Informatik (Rechenzentren) oder Dienstleistungsorganisation. Heute bestehen hier diverse KMU, welche eigentlich zusammengelegt werden sollten.

Mit grosser Befriedigung konnte festgestellt werden, dass im Entlastungspaket für die Optimierung im IT-Bereich S. 280 eine Massnahme aufgeführt wird, allerdings ist noch nicht ganz geklärt, ob Regierungsrat und GPK darunter das Gleiche verstehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt stellt das übergeordnete Projektcontrolling dar. Hier ist auch die Regierung der Meinung, es gebe Verbesserungspotential. Bei der Umsetzung entsprechender Massnahmen besteht aber eine zeitliche Differenz, da der Regierungsrat dieses Problem eher noch etwas auf die lange Bank schieben wolle.

In der Frage der standardisierten Programme sind sich GPK und Regierungsrat inhaltlich einig. Solche Programme sollten mehr Bedeutung erhalten, eine Priorisierung müsste gemäss GPK stattfinden.

Das sich abzeichnende Grundproblem besteht darin, dass heute sechs verschiedene KMU zusammenarbeiten müssen und dass bei zentralen Dienstleistungsfunktionen in unserem Kanton häufig ein Misstrauen gegenüber anderen Organisationseinheiten besteht. Festgestellt werden kann zudem, dass der Wirtschaftlichkeits-Gedanke nicht immer im Vordergrund steht. Die Geschäftsprüfungskommission beschloss daher, dem Landrat entsprechend Antrag zu stellen. Einerseits soll der vorliegende Bericht

zur Kenntnis genommen werden, in Bezug auf die Frage der Zentralisierung will der Landrat jedoch über eine entsprechende Berichterstattung verfügen, welche die Art und Weise festhält, wie der Regierungsrat die geplanten Massnahmen umzusetzen gedenkt. Ebenfalls wird beantragt, dass der Regierungsrat dem Thema "Übergreifendes Projektcontrolling" eine andere zeitliche Dimension geben sollte. Schliesslich wird auch noch beantragt, dass bei Informatiklösungen Standardlösungen priorisiert werden sollen.

Zu den Standardlösungen: Wenn schon seit längerem eine Strategie bestanden hätte, welche in diese Richtung zielt (einheitliches Rechenzentrum, etc.), hätte die Chance genutzt werden können, beim Bau des Justizzentrums in Muttenz die Einrichtung eines Rechenzentrums mit zu berücksichtigen.

Hanni Huggel (SP) bezeichnet die gesamte Informatiktechnologie als schwieriges Thema, denn die meisten Landratsmitglieder sind gewöhnliche Anwenderinnen und Anwender. Grundsätzlich erscheint der gesamte IT-Bereich als Fass ohne Boden und es stellt sich die Frage, welches nun der richtige Weg sei. Braucht es Kooperationen mit anderen Kantonen? Ist ein Outsourcing sinnvoll? Gefordert wurde eine Zentralisierung der Informatik und die Regierung prüfte dieses Anliegen in der Folge. Sie schrieb, eine Form der Zentralisierung mit vier separaten Servicedesks, eine Halbzentralisierung mit einem separaten Servicedesk oder eine volle Zentralisierung wäre möglich. Sowohl die AG IT der GPK als auch die Finanzkontrolle bevorzugt am ehesten die volle Zentralisierung. Die Begründung der Regierung, weshalb eine volle Zentralisierung nicht erwünscht sei, befremdete: Mit einer solchen Zentralisierung ginge eine mangelnde Kundennähe einher. Kundennähe bedeutet jedoch, dass alle in den verschiedenen Direktionen mit IT tätigen Personen genügend Unterstützung erhalten, mit der Zentralisierung hingegen stehe dies in keinem direkten Zusammenhang.

Die GPK hofft, dass die einzelnen Direktionen in Zukunft auch im Bereich der Informatik enger zusammen arbeiten werden.

Als für die SP-Fraktion entscheidend bezeichnet Hanni Huggel die Forderung, das IT-Fass ohne Boden solle einen Boden erhalten, damit die Kosten nicht immer wieder aus dem Ruder laufen. Gerade auch beim übergreifenden Projektcontrolling bestünden Möglichkeiten, die Effizienz zu steigern und Kosten einzusparen.

Die SP-Fraktion zeigt sich grundsätzlich mit den Anregungen und Anträgen der GPK einverstanden.

Hanspeter Wullschleger (SVP) gibt bekannt, die SVP-Fraktion könne sich hinter den Bericht der GPK und die vier darin enthaltenen Forderungen stellen. Ein besseres Zusammenwirken aller Direktionen würde sich vor allem im IT-Bereich positiv auswirken. Weshalb dies bis jetzt nicht getan wurde, sei unerklärlich.

Agathe Schuler (CVP) erklärt, auch die CVP/EVP-Fraktion nehme Kenntnis vom Bericht des Regierungsrates und unterstütze die Anträge der GPK. Aus den Berichten geht hervor, dass die Innensicht der Regierung und die Aussensicht der GPK nicht immer kongruent sind. Wie die GPK sieht auch die CVP/EVP noch Verbesserungspotential und unterstützt daher die Anträge der GPK. Es ist wichtig, dass die Regierung die Zentralisierung im Infor-

matikbereich vorantreibt, denn erst einzelne Direktionen haben sich an Veränderungen in diesem Bereich gemacht. Bei Beschaffungen im Informatikbereich sollen unbedingt Standardlösungen bevorzugt werden, denn dadurch könnten die angeschlagenen Kantonsfinanzen geschont werden. Im übergreifenden Projektcontrolling soll den möglichen Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Monica Gschwind (FDP) erinnert daran, dass anlässlich der letzten Landratsdebatte zur Informatik die Wogen hoch gingen, obwohl man eigentlich meinen könnte, es handle sich dabei um ein trockenes Thema. So wurde beispielsweise bereits im Vorfeld der Debatte kritisiert, dass die Vorschläge der Arbeitsgruppe unbrauchbar und nicht zweckdienlich seien. Weiter wurde bemängelt, die eingeleiteten Massnahmen und Verbesserungen würden nicht gewürdigt. Trotz diesem emotional gefärbten Vorgeplänkel liegt nun ein emotionsloser und übersichtlicher Bericht des Regierungsrates vor, welchen Monica Gschwind an dieser Stelle verdankt.

Im Bericht des Regierungsrates wird detailliert aufgezeigt, welche Massnahmen die Verwaltung zur Verbesserung der kantonalen Informatik seit 2005 eingeleitet hat. Seitens der GPK wurde nie bezweifelt, dass die Verwaltung grosse Anstrengungen unternahm, um die im PUK-Bericht festgestellten Mängel zu beheben. Während der Überprüfung kristallisierte sich jedoch heraus, dass viele Lösungen erst auf dem Papier bestehen und noch nicht richtig gelebt werden. Die FDP-Fraktion nahm erfreut zur Kenntnis, dass der Regierungsrat das Kernstück der Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die Zentralisierung der Informatik und die Zusammenlegung der vier Servicedesks, nun vertieft prüfen lassen wolle. Was das Übergreifende Projektcontrolling betrifft, anerkennt der Regierungsrat wohl die Problemstellung und stellt ein entsprechendes Konzept für die Einführung bis im Jahr 2013 in Aussicht. Obwohl auch die FDP-Fraktion sich bewusst ist, dass es sich dabei um eine personalintensive Entwicklung und um komplexe Vorgänge handelt, vertritt sie die Meinung, dass die Nichtanwendung weiterhin viele Doppelspurigkeiten bewirkt, was zu erheblichen Zusatz- und Mehrkosten führt. Diese Mehrkosten können wir uns zur Zeit aber absolut nicht leisten, weshalb der Regierungsrat dieses Problem prioritär behandeln sollte.

Die FDP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Bericht des Regierungsrates und unterstützt die Beschlüsse der GPK vollumfänglich.

Detailberatung der einzelnen Anträge der GPK an den Landrat:

Ziffern 1 bis 4

keine Wortbegehren

Schlussabstimmung

://: Mit 70:0 Stimmen verabschiedet der Landrat die folgenden Beschlüsse:

1. Der Landrat nimmt von der Stellungnahme des Regierungsrates zum GPK-Bericht zur Umsetzungsüberprüfung der PUK Informatik Kenntnis.
2. Der Landrat erwartet von der Regierung die Prüfung und Umsetzung des Themenbereichs "Zentralisierung der Informatik" und bittet die Regie-

rung, ihm innert 5 Monaten Bericht darüber zu erstatten, welche der in der Stellungnahme erwähnten Varianten umgesetzt wird und wie die verbindliche Planung aller Direktionen aussieht.

3. Der Landrat ersucht die Regierung, der Thematik "Übergreifendes Projektcontrolling" angesichts der Bedeutung hinsichtlich Effizienz und Kosteneinsparmöglichkeiten erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und der Umsetzung der bereits bestehenden Regelungen Nachachtung zu verschaffen. Er fordert die Regierung auf, einen kürzeren Zeithorizont für die Lösung des Problems ins Auge zu fassen.
4. Der Landrat fordert den Regierungsrat auf, der Beschaffung von Standardlösungen konsequent Vorrang einzuräumen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.35]

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2778

8 2011/080

Berichte des Regierungsrates vom 22. März 2011 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2011: Staatsrechnung 2010

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) berichtet, die Erfolgsrechnung 2010 des Kantons Basel-Landschaft schliesse mit einem Defizit von 29 Mio. Franken ab. Der Aufwand liegt um 89 Mio. Franken über dem Budget, der Ertrag fällt um 80 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Es fallen vor allem die Steuereinnahmen ins Gewicht, welche mit 66 Mio. Franken deutlich über dem Budget liegen. Als diese Steuereinnahmen im Jahr 2009 – im Jahr Eins nach der Finanzkrise – budgetiert wurden, wurden die Aussichten negativer eingeschätzt, als sich die Wirtschaft im Jahr 2010 tatsächlich entwickelte. Die Staatsrechnung bestätigt generell eine gute Kostendisziplin der Verwaltung. Dies widerspiegelt sich auch bei den Vollstellen, indem der markante Anstieg der letzten Jahre deutlich gebremst werden konnte.

Die Staatsrechnung 2010 erfüllt die Bestimmungen der Defizitbremse. Es ist genug Eigenkapital vorhanden, um das Defizit decken zu können. Dank der Mehrerträge, musste man "nur" 48 Mio. Franken statt der budgetierten 95 Mio. Franken dem Eigenkapital bzw. der Konjunkturausgleichsreserve entnehmen, damit das Defizit auf die Höhe reduziert werden konnte, wie sie von der Defizitbremse verlangt wird. Das Eigenkapital betrug Ende 2010 326 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen liegen um 109 Mio. Franken unter dem Budget 2010. Gründe für die Unterschreitung sind hauptsächlich beim Bau der H2 zu finden und bei Projekten, welche sich verzögert haben (Beispiel Übernahme der Sekundarschulbauten) oder welche wegen der Finanzlage zurückgestellt wurden. Die Finanzkommission fragt sich, ob genügend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, um diejenigen Projekte zu realisieren, wel-

che jeweils im Investitionsbudget vorgesehenen sind.

Den Bericht der Finanzkontrolle kann die Finanzkommission zur Genehmigung empfehlen, trotz den Einschränkungen, welche drei Sachverhalte betreffen:

- Eine unvollständige Liste der Verpflichtungskredite;
- Die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse;
- Die Rückstellungen für Umweltschäden.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung der Pensionskasse hat sich die Finanzkommission letzte Woche über den aktuellen Stand der Sanierung bzw. der Ausfinanzierung der Pensionskasse informieren lassen. Das Projekt läuft unter dem Titel "Improve". Die Kommissionsmitglieder haben Kenntnis genommen von den neuen bundesrechtlichen Bestimmungen, von den Eckwerten der vorgesehenen Sanierung und vom Fahrplan. In diesem Zusammenhang laufen im Moment die Verhandlungen mit der "Arbeitsgemeinschaft Baselbieter Personalverbände", nächstes Jahr wird die Vorlage ins Parlament kommen.

Die vier Subkommissionen der Finanzkommission prüften die Staatsrechnung im Detail und sie holten bei den Direktionen Zusatzauskünfte ein. Bei den entsprechenden Verwaltungsstellen möchte sich Marc Joset an dieser Stelle herzlich bedanken für die rasche und kompetente Beantwortung der Fragen. Die Zusatzinformationen und der Kommentar der Finanzkommission können dem Kommissionsbericht entnommen werden.

Noch ein Wort zum Entlastungspaket: Zum Zeitpunkt der Beratung der Rechnung in der Finanzkommission lagen die Details zum Sparprogramm noch nicht vor. Alle Fraktionen gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das strukturelle Defizit abgebaut werden kann, vor allem weil noch grosse Mehrausgaben bevorstehen.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 10:0 Stimmen, dem Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2010 zuzustimmen.

Mirjam Würth (SP) stellt fest, dass die Ertragsentwicklung in unserem Kanton positiver ausfiel als budgetiert. Die Steuereinnahmen lagen über den budgetierten Erwartungen. Diese Überraschung sahen Standard & Poor's bereits im August 2010, als sie festhielten: "Unsere mittelfristige Prognose der Finanzentwicklung des Kantons Basel-Landschaft 2010 bis 2013 ist optimistischer, als die offizielle Planung des Kantons." Die Ratingagentur Standard & Poor's schätzt die Bonität des Kantons Basel-Landschaft weiterhin als auf der höchsten Stufe stehend ein, obwohl sehr grosse Eventualverpflichtungen bestehen. Dies ist gemäss Mirjam Würth ein wichtiges Zeichen dafür, dass unser Kanton auf einer gesunden finanziellen Grundstruktur steht.

In unserem Kanton wird relativ zurückhaltend budgetiert, in der Rechnung werden jeweils Rückstellungen vorgenommen. Diese Praxis verschönert das Budget und verschlechtert die Rechnung, wodurch der Eindruck entsteht, die Wahrnehmung der Finanzlage des Kantons könne beeinflusst werden. An der effektiven Finanzlage des Kantons ändert sich damit aber nichts.

Unser Kanton gibt zur Zeit mehr Geld aus, als er einnimmt, es besteht also ein strukturelles Problem. Die Ausgaben sind eine Folge der grossen Investitionen und Verpflichtungen, welche wir auch wollen. Mirjam Würth betont jedoch, in unserem Kanton werde das Geld sinnvoll und sorgfältig ausgegeben.

Sie bedankt sich bei den Angestellten der Verwaltung, welche zuweilen unter nicht ganz einfachen Bedingungen gute Arbeit leisten.

Die SP-Fraktion wird auf die vorliegende Rechnung eintreten und sie stimmt ihr zu.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) bezeichnet es als schwachen Trost für die SVP-Fraktion, dass die Rechnung 2010 nun etwas besser abschliesst als budgetiert (um 44 Mio. Franken besser). Tatsache ist, dass die Rechnung noch immer tief rot bleibt, sogar noch röter als vor einem Jahr. Die strukturelle Überbelastung auf der Aufwandseite ist unübersehbar. Der betriebliche Ertrag erhöhte sich glücklicherweise stärker, als der betriebliche Aufwand. Vor allem die Steuereinnahmen lagen mit 66 Mio. Franken über den Erwartungen. Eigentlich müsste man bei derart guten äusseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine roten, sondern schwarze Zahlen schreiben. Dies zeigt auch ein Blick in andere Kantone.

Auf jeden Fall war es nur dank der neuerlichen Entnahme von Eigenkapital aus der Konjunkturausgleichsreserve möglich, das Gesamtergebnis auf ein Minus von 29,1 Mio. Franken zu drücken und somit die Regeln des Defizitbremsen-Mechanismus einzuhalten. Das für die Defizitbremse relevante Eigenkapital beträgt per 31.12.2010 mit Blick auf den Finanzplan nur noch 326 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit -11,6 % im negativen Bereich. Das Ergebnis wird zudem geprägt durch zusätzliche Rückstellungen, welche zwar gesetzlich und wirtschaftlich richtig sind, die Eigenkapitalentnahme aber noch erhöhen. Unter anderem wurden 20 Mio. Franken für die Sanierung von Altlasten, weitere Gelder für die Ausfinanzierung der Deckungslücke in der BLPK sowie für einen höheren Trägerschaftsbeitrag an die Universität Basel zurückgestellt.

Die Zahl der Vollstellen erhöhte sich um 29. Mit Blick auf die letzten 6 Jahre sind dies bereits zusätzliche 519 Stellen. Die Investitionsausgaben wurden bei Weitem nicht ausgeschöpft, da offenbar ein Budgetierungsfehler bei der H2 und bei der verzögerten Übernahme der Sekundarschulbauten vorliegt. Die Bruttoinvestitionen sowie die Investitionsbeiträge, welche für das Gewerbe sehr wichtig sind, betragen immerhin noch 237 Mio. Franken, was dem dritthöchsten Wert in den vergangenen 10 Jahren entspricht.

Das Ansprechen weiterer Details der Staatsrechnung 2010 erübrigt sich. Es bleibt nichts anderes, als zur Rechnung 2010 trotz der roten Zahlen den Segen zu geben. Unser Hauptaugenmerk muss sich in die Zukunft richten. Die Rechnung 2010 ist bereits "gelaufen". Unser Kanton lebt noch immer über seine Verhältnisse und das angekündigte Sparpaket ist dringender denn je und absolut zwingend. In diesem Zusammenhang erinnert Hans-Jürgen Ringgenberg noch einmal daran, dass sogar der Präsident der Finanzkommission vor den Wahlen die Notwendigkeit eines Sparpakets anzweifelte, was für die SVP eine unakzeptable Propaganda gegen das Sparpaket darstellte.

Der strukturelle Ausgabenüberhang ist heute noch schlimmer als dargestellt. Aus der Rechnung 2010 kommt nicht zum Ausdruck, dass unserem Kanton gewaltige Mehrausgaben ins Haus stehen (Sanierung der Pensionskasse, Mehrkosten im Gesundheitswesen und im Bildungswesen, etc.). Betreffend Gewinnanteil der Nationalbank musste man heute Morgen zur Kenntnis nehmen,

dass hier gar nichts zu erwarten sei. Weiter erwarten uns Fremd- und Eigenfinanzierungen grosser Investitionsvorhaben, welche unsere Schulden und Belastungen zusätzlich erhöhen werden.

Der Kommentar zur Rechnung kann daher nur wie folgt lauten: Es muss alles unternommen werden, um das Ruder wieder herumzureissen. Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als man einnimmt, damit endlich wieder schwarze Zahlen geschrieben werden können. Steuererhöhungen müssen unbedingt vermieden werden!

Die Arbeit des landrätlichen Think Tank liegt mit dem Entlastungspaket auf dem Tisch und die Diskussion darüber hat bereits angefangen. Vieles, was an Sparmöglichkeiten vorgeschlagen wird, entspricht dem, was die SVP-Fraktion in den letzten Jahren schon mehrmals mittels Budgetanträgen forderte. Der Weg zu einem ausgeglichenen Budget wird lang und steinig sein und es wäre gut gewesen, man hätte mit Sparen im Sinne der SVP schon früher angefangen.

Die SVP-Fraktion wird auf das vorliegende Geschäft eintreten und der Staatsrechnung 2010 zustimmen, verbunden mit dem ausdrücklichen Dank an alle Mitarbeitenden unseres Kantons für ihre grosse und wertvolle Arbeit.

Peter Schafroth (FDP) stellt fest, die FDP-Fraktion werde für die Genehmigung der Staatsrechnung stimmen. Er zeigt sich froh darüber, dass das Ergebnis der Rechnung nicht so schlecht wie budgetiert ausfällt, mit einem operativen Verlust von -71 Mio. Franken könne man sich trotzdem nicht über den Abschluss freuen. Vor allem der Selbstfinanzierungsgrad, welcher sich von 56 % im Vorjahr ins Minus verschob, macht sehr betroffen. Dies bedeutet eine Fremdfinanzierung von Investitionen und darüber hinaus konnten laufende Ausgaben nicht aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Die Kantonsfinanzen müssen also dringend saniert werden!

Entgegen den Befürchtungen erholte sich die Konjunktur im letzten Jahr zum Glück rascher und die regionale Wirtschaft konnte ein Wachstum von über 2 % aufweisen. Dies wirkte sich direkt positiv auf die Steuererträge aus. Es konnten zusätzliche 66 Mio. Franken an Einnahmen verbucht werden, nachhaltig sind jedoch nur 40 Mio. Franken. Die übrigen 26 Mio. betreffen das Vorjahr, es sind also Einbuchungen von Vorjahreserträgen, welche keine positiven Auswirkungen auf die Folgejahre haben. Auch wenn die regionale Wirtschaft in den nächsten Jahren ähnlich stark wachsen sollte, müssen wir davon ausgehen, dass die Mehrbeträge das Ausgabenwachstum nie auffangen werden können.

Die oben geschilderte Entwicklung bereitet Sorgen hinsichtlich der Zukunft. Angesichts der Entwicklung des Euro-Kurses muss schon beinahe damit gerechnet werden, dass im nächsten Jahr keine Gewinnausschüttung der Nationalbank erwartet werden kann. Dies bedeutet fehlende Einnahmen in der Höhe von rund 60 Mio. Franken. Bezüglich Spitalfinanzierung sind die Neuerungen bereits bekannt, dazu kommt neu die Finanzierung der Verlustscheine der Krankenkassen, was insgesamt zu Mehrausgaben in der Höhe von 100 Mio. Franken führen wird. Die beiden oben genannten Posten erreichen bereits die Dimension des Entlastungspakets, was zu Sorge Anlass gibt.

Bekanntlich leitete der Regierungsrat bereits im Herbst 2009 eine Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung ein. Leider ist in der Rechnung 2010 davon kaum etwas

zu bemerken. Dazu nennt Peter Schafroth das folgende Beispiel: Während der Kanton Verluste schreibt, können unsere Kantonsspitäler Reserven von knapp 6 Mio. Franken äufnen. Innerhalb von drei Jahren häuften unsere Spitäler Reserven in der Höhle von 16 Mio. Franken an. Insofern als die Spitäler gut arbeiteten, darf man sich über den Gewinn freuen. Gemäss Peter Schafroth ging man im Zusammenhang mit den Globalbudgets aber zu wenig hart mit den eigenen Institutionen um. Mit Blick auf die bevorstehenden Spitalausgaben bereitet dies Sorgen. Es könne nicht sein, dass die Spitäler und Krankenkassen dem Kanton befehlen, was geht, und dieser schliesslich nur noch Rechnungen bezahle. Neue Instrumente im Gesundheitswesen und ein aktives Vorgehen sind notwendig.

Auch im Bildungsbereich geht das Ausgabenwachstum ungebremst weiter. Der Saldo der Bildungsdirektion liegt um 23 Mio. Franken über dem Budget. Dazu beigetragen hat wiederum die Sonderschulung. Die Ausgaben für die Sonderschulung stiegen innerhalb eines Jahres von 50,7 auf 54 Mio. Franken an und auch bei der Sonderschulung im Einzelbereich an den Sekundarschulen wurde das Budget um 46 % überschritten. Der Regierungsrat weist in seinem Kommentar zu Recht darauf hin, dass dazu eine Vorlage erwartet werden könne. Neue Steuerungsinstrumente seien dringend nötig.

Trotz den kritischen Bemerkungen darf nicht vergessen werden, dass auch im Jahr 2010 die staatlichen Leistungen im Kanton Basel-Landschaft zuverlässig und in sehr hoher Qualität erbracht wurden. Dafür verdienen die mehr als 7'000 Mitarbeitenden des Kantons unseren Dank und Anerkennung.

An dieser Stelle unterbricht Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) die Diskussion zur Staatsrechnung 2010. Die Beratung wird am Nachmittag fortgesetzt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2779

Frage der Dringlichkeit:

2011/196

Dringliches Postulat von Regula Meschberger vom 23. Juni 2011: Behebung von Engpässen bei der Berechnung von Ergänzungsleistungen in der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft

Regula Meschberger (SP) erklärt, ihr Anliegen sei dringlich zu behandeln, weil die Anzahl der Betroffenen steigt, denn Wartezeiten von 6 bis 10 Monaten seien normal. Dieser Zustand müsse dringend und schnell behoben werden!

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) lehnt die Dringlichkeit des Postulats ab. Selbstverständlich werde man das geschilderte Problem sofort angehen. Ein Postulat, welches verlangt zu prüfen und zu berichten, wäre kein Problem. Das vorliegende Postulat fordert jedoch den Regierungsrat zu einem bestimmten Handeln in seinem eigenen

Kompetenzbereich auf. So lange die Situation nicht geklärt werden kann, will sich der Regierungsrat auch nicht zum Handeln verpflichten. Schon morgen wird sich Adrian Ballmer mit der Sozialversicherungsanstalt in Verbindung setzen und den Landrat rasch über die Situation informieren.

Regula Meschberger (SP) dankt dem Regierungsrat für seine Äusserungen. Damit erklärt er sich im Grunde genommen damit einverstanden, dass das Anliegen dringlich sei. Sie bittet den Landrat daher darum, der Dringlichkeit ihres Postulats stattzugeben. Es gehe darum, nicht nur bei der Regierung ein Zeichen zu setzen, sondern auch bei der Sozialversicherungsanstalt selbst, damit die geschilderte Problematik angegangen wird.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** erachtet den Vorstoss nicht als dringlich, er wolle aber sofort klären, ob Massnahmen dringlich und notwendig seien.

://: Mit 45:36 Stimmen wird der Dringlichkeit nicht stattgegeben, da das 2/3-Quorum (56 Ja-Stimmen) nicht erreicht wurde.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.59]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Ende der Vormittagssitzung: 12.00 Uhr

Nr. 2780

Mitteilungen

– *Organisatorische Neuerungen im Parlamentsdienst*

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) gibt bekannt, dass ab 1. Juli 2011 Miriam Schaub als neue stv. Leiterin des Parlamentsdienst amten und Michael Engesser zum gleichen Termin die Stellvertretung der GPK-Sekretärin übernehmen werde.

– *Resultat des FC Landrat*

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) teilt mit, dass am 16. Juni der FC Landrat,verstärkt durch zwei baselstadtische Grossräte und einen alt Grossrat, in Therwil gegen die Universität gespielt und 1:8 verloren habe. Vor allem konditionell war die Uni dem Team von Captain Hannes Schweizer überlegen. Und man munkelt, die Tatsache, dass Uni-Rektor Antonio Loprieno als Schiedsrichter amte, habe sich auch nicht gerade zugunsten des Landrats ausgewirkt...

Den nächsten, hoffentlich erfolgreicheren Einsatz hat der FC Landrat am 20. August am Eidgenössischen Parlamentarier-Fussballturnier in Magglingen. Vielleicht testen die Kicker ihre Kondition an der Ausfahrt des Velo-Club Landrat vom 13. August... Anmeldungen nimmt Bruno Baumann gerne entgegen.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

Nr. 2781

8 2011/080

Berichte des Regierungsrates vom 22. März 2011 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2011: Staatsrechnung 2010

[Fortsetzung der Eintretensdebatte]

Da Sabrina Mohn, CVP/EVP-Fraktionssprecherin, noch nicht am Platz ist, erteilt Landrats-Vizepräsident **Urs Hess** (SVP) vorderhand Klaus Kirchmayr das Wort.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bemerkt, er sei indirekt zum ersten Mal aufgefordert worden, länger zu sprechen als geplant, und er werde sich alle Mühe geben, diesen Erwartungen gerecht zu werden. [Heiterkeit]

Das Thema ist allerdings leider nicht so amüsant. Denn die Rechnung 2010 ist nicht erfreulich. Wie Peter Schafroth und Mirjam Würth dargelegt haben, gibt es aber nicht nur Grund zum Schwarzmalen. Die Kantonsfinanzen präsentieren sich unterschiedlich bezüglich der Bilanz und der Erfolgsrechnung: Die Bilanz ist nach wie vor in einem sehr guten Zustand; die Verschuldung ist tief – angesichts der tiefen Zinsen und der vorausgesagten Zinsentwicklung wahrscheinlich sogar zu tief –, und auch Standard & Poor's bringt in ihrem Rating zum Ausdruck, dass die Bilanz sehr solide ist. Das eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten für die finanzpolitisch schwierigen, bevorstehenden Zeiten.

Weniger rosig, ja sogar richtig düster sieht die Situation bei der Erfolgsrechnung aus. Der operative Verlust beträgt CHF 71 Mio., die laufenden Kosten sind durch die Einnahmen nicht gedeckt, und der Kanton kann seine Investitionen nicht mehr selber finanzieren. Das sind wahre Alarmzeichen, und sie werden beim Blick voraus noch deutlicher: Ab 2012 kommen Zusatzbelastungen im Umfang von mittlerweile fast CHF 150 Mio. dazu, die dem Kanton von aussen aufgezwungen werden und die er ersetzen muss. Der Spielraum dafür ist begrenzt; ihn zu definieren, wird grosse Anstrengungen verlangen.

In den Diskussionen mit den Bürger(inne)n muss man oft feststellen, dass die Meinung nach wie vor weit verbreitet ist: «Uns geht's ja eigentlich gut.» Das lässt sich aber definitiv nicht für die Erfolgsrechnung sagen. Es wird nicht zu umgehen sein, das strukturelle Defizit auch mit strukturellen Reformen anzugehen.

Grosse Sorge bereiten insbesondere die Gesundheitskosten. Dass Kosten von rund CHF 80 - 90 Mio. neu geschultert werden müssen – mit der Übernahme der Schuldscheine wird es sogar ein dreistelliger Millionenbetrag sein –, ist alarmierend. Mit kleinen Massnahmen erreicht man nichts mehr, sondern der Kanton Baselland wird nicht darum herumkommen, sich die Frage zu stellen, ob er sich langfristig weiter drei Akutspitäler leisten kann.

Die vorliegende Rechnung ist als erster Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung zu verstehen: Es ist das Alarmsignal, das jedem klargemacht hat, dass es nicht wie bisher weitergehen kann. Alle sind nun aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, damit die Konsolidierung erreicht werden kann. Erst dann kann wieder gestalterisch gewirkt werden.

Die grüne Fraktion wird die Rechnung zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Felix Keller (CVP) ergreift statt Sabrina Mohn das Wort und meint, dem Gesagten sei nicht mehr viel hinzuzufügen. Auch die CVP/EVP-Fraktion ist froh, dass die Rechnung 2010 besser abschliesst als ursprünglich budgetiert war. Zum Zeitpunkt der Budgetierung standen recht grosse Befürchtungen im Raum, dass eine Rezession bevorstehe. Nun sind aber wieder etwas bessere Zeiten angebrochen. Die Schweizer Wirtschaft ist mit einem blauen Auge aus der Krise herausgekommen und hat sich dank verschiedener Massnahmen rasch erholt. Diese wirtschaftliche Erholung zeigt sich auch in den Kantonen auf spürbare Weise.

Der Kanton schreibt nicht mehr tief-, sondern rosarote, aber eben auch keine schwarzen Zahlen. Das Entlastungspaket ist, so wie es vorliegt, notwendig. Die Aufwandseite des Staatsaufwands ist nach wie vor überlastet; der Kanton lebt über seinen Verhältnissen. Deshalb ist der eingeschlagene Weg einer Aufgabenüberprüfung positiv, und deshalb unterstützt die CVP/EVP-Fraktion die Arbeit des «Think Tank». Der erste Schritt ist getan: Das Entlastungspaket liegt auf dem Tisch, und die CVP/EVP-Fraktion erachtet es als positiv, dass der Regierungsrat und der «Think Tank» in Übereinstimmung eine Entlastung von rund CHF 180 Mio. vorschlagen. Die Fraktion wird das umfangreiche Paket vertieft anschauen und sich kritisch damit auseinandersetzen. Die einzelnen Massnahmen müssen im Kontext des Gesamtpakets beurteilt werden. Der CVP/EVP-Fraktion liegt eine verantwortungsvolle Finanzpolitik gegenüber der jungen Generation besonders am Herzen. Deshalb ist ihr wichtig, dass die einzelnen Massnahmen nachhaltig wirken. Es kann nicht sein, dass in ein paar wenigen Jahren bereits wieder eine neue Spar- und Entlastungsrunde angesetzt werden muss.

Der CVP/EVP-Fraktion ist es mit Blick in die Zukunft wichtig, dass der Kanton Baselland trotz der grossen Herausforderungen ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleibt und gleichzeitig wieder schwarze Zahlen schreiben kann. Die Fraktion bedankt sich bei Regierung und Verwaltung für die grosse geleistete Arbeit. Eine nicht ganz einfache und sehr intensive Arbeitsphase liegt hinter ihnen.

Die CVP/EVP-Fraktion wird der Staatsrechnung zustimmen.

Oskar Kämpfer (SVP) betont, die Rechnung 2010 sei eigentlich Vergangenheitsbewältigung. Und trotzdem hat heute noch niemand gesagt, dass über Steuergeld gesprochen werde, das ausgegeben worden ist und über dessen Verwendung der Landrat dem Steuerzahler gegenüber Rechenschaft ablegen muss. Es ist nicht richtig zu behaupten, die Bilanz des Kantons sei noch in Ordnung. Mit diesem Verschuldungsgrad und diesem strukturellen Defizit müsste man sich in der Privatwirtschaft überlegen, ob man nicht Konkurs anmelden müsste.

Es ist schön, dass der Kanton von Standard & Poor's ein gutes Rating bekommt; aber auch in den USA wurden vor der Krise viele solche guten Ratings vergeben.

Schaut man sich die Rechnung an und fragt man sich, wie es geschehen konnte, dass ein solch grosses Defizit entsteht, gilt es zwei beunruhigende Schlüsse zu ziehen, die einen dringend zum Handeln veranlassen sollten: Erstens wird die Rechnung stets unterteilt in fünf bzw. sechs Klein-Rechnungen, obschon es eigentlich eine einzige Rechnung ist; und zweitens sollte zwar nach § 66

der Verfassung der Landrat die Ausgaben definieren, aber in § 129 Absatz 3 ist auch festgelegt, dass die Ausgaben periodisch auf ihre Finanzier- und Tragbarkeit hin überprüft werden müssen. Diese Aufgabe obliegt nicht dem Landrat, sondern jedes einzelne Regierungsmitglied hätte ihr nachkommen sollen. Das haben sie aber nicht getan, sonst hätten sie viel eher festgestellt, dass sie auf ein tiefes, strukturelles Problem zusteuern. Dessen muss man sich bewusst sein im Hinblick auf die kommenden Rechnungen, auf die kommenden Aufgaben: Der Regierungsrat kann nicht immer darauf vertrauen, dass ein «Think Tank» im Hintergrund mithilft, Aufgaben zu realisieren, die eigentlich in der Verantwortung der Regierung lägen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) findet, auf solche Schwarzpeter-Spiele sollte verzichtet werden. Denn es sitzen alle mit im Boot. Es bringt nichts zu grübeln, wer wozu Ja oder Nein gesagt hat.

Gewisse Aussagen, die dauernd in den Zeitungen – und dort vor allem in den Leserbriefspalten – zu lesen sind oder die man sich auch am 19. Juni 2011 im «Salon Bâle» auf TeleBasel anhören musste, bedürfen der Korrektur.

Die Staatsrechnung 2010 stützt die Erreichung der finanzpolitischen Ziele; das ist grundsätzlich erfreulich.

Der Regierungsrat hat im letzten Herbst eine Finanzstrategie beschlossen – und der Landrat hat sie zur Kenntnis genommen –, wonach der Staatshaushalt schrittweise ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Die Rechnung 2010, das Budget 2011 und die Erwartungsrechnung 2011 zeigen, dass die Regierung – soweit es in ihrer Macht steht – mit der Umsetzung der Finanzstrategie auf Kurs ist.

Die Staatsrechnung 2010 schliesst im operativen Ergebnis um CHF 44 Mio. besser ab als budgetiert. Die Rechnung 2011 wird – nach heutigem Stand des Irrtums – um CHF 13 Mio. besser abschliessen als budgetiert.

Allerdings bringen das Budget 2012 und der Finanzplan einen herben Rückschlag in der Finanzstrategie aufgrund von inzwischen bekannt gewordenen exogenen Mehrbelastungen, welche der Kanton nicht beeinflussen kann, namentlich die vom Bund beschlossene Spitalfinanzierung, die um rund CHF 60 Mio. jährlich teurer wird als bisher angenommen, und die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, die ganz oder teilweise wegfallen wird, was zu einem Minderertrag von etwa CHF 58 Mio. führen wird. Ohne diese beiden unbeeinflussbaren Mehrbelastungen wäre man heute auf dem Pfad der Finanzstrategie!

Die Tatsache, dass der Kanton Basel-Landschaft trotz einer sehr guten Verfassung der Schweizer und der Nordwestschweizer Wirtschaft rote Zahlen schreiben muss, verdeutlicht, dass die Baselbieter Staatsfinanzen auf der Aufwandseite strukturell überlastet sind.

Wo liegen die Ursachen für das Ungleichgewicht der Staatsfinanzen? Die immer wieder kolportierte Behauptung, wonach die Schiefelage der Staatsfinanzen auf die vergangenen Steuerreformen zurückzuführen sei, entspricht nicht der Realität. Die Mehrbelastungen auf der Aufwandseite betragen seit 2006 etwa CHF 300 Mio. Die Ertragsausfälle aus den Steuerreformen konnten dagegen aufgrund des durch die Steuerreformen unterstützten Wachstums des Steuersubstrates bereits praktisch vollständig kompensiert werden. Dank der konjunkturellen Entwicklung und der Neuansiedlung von Unternehmen

konnten auch in der Rechnung 2010 Steuererträge verbucht werden. Die wichtigsten Ertragsausfälle aus Steuerreformen sind übrigens die Entlastung von Familien und tiefen Einkommen ab 2007 (Vorlage 2006/108) und die Unternehmenssteuerreform ab 2008 (Vorlage 2007/034). Der Landrat hatte der Entlastung von Familien und tiefen Einkommen mit 82:1 Stimmen zugestimmt (die einzige Gegenstimme kam von Bruno Steiger, SD). Der Unternehmenssteuerreform hatte der Landrat mit 51:27 Stimmen und das Volk mit 61,1 % zugestimmt.

Auf der Leistungsseite hat das Baselbiet im Standortwettbewerb kaum einen Nachholbedarf, wohl aber punktuell bei der Steuerbelastung. Es muss nämlich dafür gesorgt werden, dass das Baselbieter Steuersubstrat zumindest erhalten bleibt und sich möglichst mehr.

Von 2001 bis zum Budget 2011 wuchs der Aufwand um CHF 551 Mio. oder um 25 %. Was waren das für schöne Zeiten in den 80er Jahren, als im Landrat noch von anzustrebendem «Nullwachstum» gesprochen wurde...

Wo wächst der Staat? Die Zahlen sagen es für die vergangenen elf Jahre klar: Gesundheit + 52,5 %, Bildung + 42,7 %, Soziale Sicherheit + 36,8 % und Öffentliche Ordnung und Sicherheit + 34,1%. Das sind die grössten Brocken.

Eine wichtige Ursache für die strukturelle Überlastung sind insbesondere auch die vom Bund aufoktroierten Mehrbelastungen:

- Neue Spitalfinanzierung: CHF 90 Mio. Mehraufwand ab 2012;
- Ergänzungsleistungen zu AHV/IV: Mehraufwand zwischen 2001 und 2011 über CHF 100 Mio., also eine Zunahme von 153,6 %;
- Prämienverbilligung: Mehraufwand 2001-2011 CHF 47 Mio., das entspricht einem Plus von 50 %;
- Übernahme Krankenkassen-Verlustscheine: Mehraufwand CHF 15 Mio. ab 2012;
- Ausfall des Kantonsanteils am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (im Fall eines Totalausfalls: CHF 58 Mio.);
- Einführung NFA: die Kosten für Sonderschulung haben sich zwischen 2007 und 2008 auf rund CHF 50 Mio. verdoppelt.

Die konkrete Ursache für die strukturelle Überlastung des Finanzhaushaltes sind also einerseits exogene Mehrbelastungen von Bundesseite, welche der Kanton nicht beeinflussen kann. Es ist aber andererseits auch die Tatsache, dass wir zu viel wollen. Wir planen und realisieren mehr, als wir uns leisten können. Die Politik ist eben auf dauernde Expansion der öffentlichen Leistungen angelegt. Das Leiden kommt vom Wünschen her! Oder: Der Geist ist am Sonntag willig, das Fleisch aber im Alltag schwach. Heute ist wieder einmal finanzpolitischer Sonntag – wenigstens während Traktandum 8...

Deshalb wurde im Jahr 2008 die Defizitbremse eingeführt und damit ein wirksamer Präventionsmechanismus geschaffen. Die Defizitbremse sorgt mittelfristig für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Es ist genau dieser Mechanismus, der uns nun zwingt, die strukturelle Überlastung des Staatshaushaltes mit konkreten Massnahmen im Rahmen eines Entlastungspaketes anzugehen. Wie die letzten Monate gezeigt haben, entfaltet die Defizitbremse also die gewünschte präventive Wirkung; das ist im Moment zwar hart, mittel- und längerfristig aber sehr positiv.

Das für die Defizitbremse relevante Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2010 CHF 326,3 Mio. Die Eigen-

kapitaldecke ist damit wahrscheinlich genügend, um die Sanierung des Staatshaushaltes ohne Steuererhöhungen aufgrund der Defizitbremse durchführen zu können – wenn alle mitmachen...

Das Entlastungsprogramm ist notwendig: Das Mittragen durch das Parlament ist unabdingbar. Es ist zu hoffen, dass die guten Vorsätze über den heutigen Tag hinaus halten. Da die Halbwertszeit des Wissens sehr kurz ist, hier eine kurze Rückblende auf den Herbst 2009: Nach schwarzen Zahlen in den Jahren 2005-2008 und dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Regierungsrat damals, im September 2009, zwei Dinge getan: Er hat einerseits im Budget 2010 eine ganze Reihe von konjunkturstützenden Massnahmen eingestellt und damit einen bescheidenen Beitrag dazu geleistet, dass die regionale Wirtschaft die Krise relativ unbeschadet überstanden hat. Der Regierungsrat hat andererseits im Herbst 2009 eine Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben im Sinne von § 129 Absatz 3 der Kantonsverfassung eingeleitet:

Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der entsprechenden Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit hin zu prüfen.

Dieser Verpflichtung kommt der Regierungsrat nach.

Im Rahmen der Vorbereitung des Entlastungspakets hat der «Think Tank» den Finanzplan, den Rechnungsabschluss 2010 und das Budget 2011 analysiert. Er ist unter anderem zum Schluss gekommen, dass die Regierung nicht schwarz male; es besteht Konsens, dass der finanzpolitische Handlungsbedarf beträchtlich sei.

Der Regierungsrat bittet den Landrat, auf die Staatsrechnung einzutreten und sie zu genehmigen, wie es die Finanzkommission einstimmig getan hat.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Vorlage*

Keine Wortbegehren.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Dem Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2010 wird mit 75:0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

[Namenliste einsehbar im Internet; 14.30]

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2010

vom 23. Juni 2011

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2010, bestehend aus der Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz sowie der Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2010 wird Kenntnis genommen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölkow, Landeskanzlei

*

Nr. 2782

9 2011/129

Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2011 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2011: Nachtragskredite zum Budget 2011

Marc Joset (SP), Präsident der Finanzkommission, erklärt, im Finanzhaushaltsgesetz sei festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Landrat rechtzeitig Nachtragskreditbegehren unterbreiten muss, wenn das Budget für eine Aufgabe keinen – oder keinen genügenden – Kredit enthält. Gleichzeitig informiert der Regierungsrat über die voraussichtliche Entwicklung des laufenden Haushalts.

Der Regierungsrat ersucht um einen Nachtragskredit. Er betrifft den Budgetposten für Instandhaltungskosten von Schlössern, Ruinen und Denkmälern. Im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung HRM2 wurden die Hochbauten der Schlösser, Ruinen und Denkmäler einheitlich mit Null bewertet. Als Folge davon wird sämtlicher Aufwand für diese Hochbauten über die Erfolgsrechnung abgerechnet. Es handelt sich konkret um das Weierhenschloss Bottmingen und um die Villa Clavel in Augst. Aufgrund der knappen Finanzen soll nun mittels dieses Nachtragskredits nur noch rund die Hälfte dieses Betrages, nämlich CHF 820'000, in der Erfolgsrechnung eingestellt werden.

Die Finanzkommission kann nach diesen Antrag gut nachvollziehen: Es handelt sich lediglich um eine Verschiebung von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung.

Den Kommentar zum Verlauf des Haushaltjahres hat die Finanzkommission zur Kenntnis genommen. Details sind dem Bericht zu entnehmen.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Nachtragskreditbegehren zum Budget 2011 zuzustimmen.

– *Eintretensdebatte*

Ruedi Brassel (SP) beantragt namens der SP-Fraktion Zustimmung zum Nachtragskredit.

Peter Brodbeck (SVP) betont, die SVP-Fraktion möchte eigentlich gar keine Vorlagen mit dem Titel «Nachtragskredit» mehr entgegennehmen; aber in diesem speziellen Fall stimmt sie dem Antrag zu, nicht zuletzt, weil die geplanten Aufgaben in Anbetracht der angespannten Finanzlage um die Hälfte gekürzt wurden.

Marianne Hollinger (FDP) gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion sich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen und dem Kredit zustimmen werde.

Urs Berger (CVP) teilt mit, dass auch die CVP/EVP-Fraktion dem Antrag der Finanzkommission zustimmen werde.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat fasst den Landratsbeschluss betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2011 mit 70:3 Stimmen bei zwei Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.35]

Landratsbeschluss betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2011

vom 23. Juni 2011

Dem folgenden Antrag zur Änderung der Erfolgsrechnung 2011 wird zugestimmt:

	Mehraufwand in Franken
<u>2304 Hochbauamt</u>	
3144 0 000 Instandhaltung Gebäude	820'000.-

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 2783

10 2011/057

Berichte des Regierungsrates vom 1. März 2011 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 7. Juni 2011: Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ)

Der Präsident der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, **Karl Willimann** (SVP), trägt den Kommissionsbericht vor.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) bedankt sich bei Karl Willimann für die ausführliche Erklärung des relativ komplizierten Sachverhalts. Im Folgenden kann zu den verschiedenen Vorstössen Stellung bezogen werden. Es wird anschliessend einzeln über die 6 Vorstösse abgestimmt – ohne Bezugnahme auf den dem Bericht angefügten Landratsbeschluss.

Christoph Hänggi (SP) bemerkt, der Kommissionspräsident habe schon einiges über die Positionen der SP ausgesagt. Auch nach der morgendlichen Fraktionssitzung bleibt die SP bei den bereits geäusserten Meinungen. Die wichtigen Entscheidungen für die Wege der Schule sind im letzten Herbst gefallen. HarmoS wird nun umgesetzt. Die Umsetzungsphase soll nicht noch einmal durch 'neue alte' Ideen oder Rückschritte gestört werden. Man steht zum Beschluss betreffend HarmoS und möchte die Bildungslandschaft für die nächsten 3 bis 6 Jahre bis 2017/18 nicht mit Überreaktionen begleiten. Es handelt sich bei diesen Postulaten auch um Reaktionen, die schon einige Jahre zurück liegen. Das System ist heute akzeptiert. Es hat keinen Sinn, nun nochmals rückwärts gerichtet Veränderungen initiieren zu wollen. Die SP-Fraktion ist daher für eine Abschreibung der meisten Postulate und begrüsst es, dass die Regierung die VO BBZ nur so weit anpassen will, wie es für die kommenden Veränderungen (Verlängerung PS auf sechs Jahre usw.) nötig ist. Grundsätzlich nimmt man den Bericht zur Kenntnis.

Zum Postulat Steiner 2004/245 betreffend Zeugnis und Beurteilungsgespräch: Wie vom Kommissionspräsidenten bereits ausgeführt, hat sich das heutige System bewährt und es wird von der Lehrerschaft grossmehrheitlich akzeptiert. Der Rhythmus zwischen Zeugnis und Beurteilungsgespräch ist auch bei den Eltern angekommen und die Regelung funktioniert. Es soll nicht schon wieder etwas verändert werden und dann gerade nochmals. Prüfen und berichten ist bei dem Postulat erfüllt, daher soll es auch als erfüllt abgeschrieben werden.

Dasselbe gilt für das Postulat von Dieter Völlmin 2005/144 zur Wiedereinführung des Semesterzeugnisses. Zeugnis und Beurteilungsgespräch haben sich bewährt. Auch dieses Postulat soll als erfüllt abgeschrieben werden.

Zum Postulat 2005/146 von Florence Brenziofer: Das jetzige System funktioniert. Die Schülerinnen und Schüler werden altersgerecht beurteilt. In der ersten Klasse gibt es wenige Fächer, die für den Übertritt in die nächste Klasse zählen, und dann kontinuierlich mehr. Das Fach «Mensch und Umwelt» kommt in der dritten Klasse dazu. Französisch ist dann für den Übertritt in die Sekundarstufe wichtig. Bei den Sprachfächern wird es in naher Zukunft eine Veränderung geben mit der Einführung von Frühfranzösisch und -englisch (3. respektive 5. Primarklasse), was eine Anpassung der VO BBZ notwendig machen wird. Dies liegt aber nicht in der Kompetenz des Landrates sondern des Regierungsrates. Auch hier ist man mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Ähnlich verhält es sich bei dem Postulat 2007/093 von Bea Fünshilling. Betreffend die Orientierungsarbeiten sind schon Anpassungen erfolgt und in Kürze wird es mit den so genannten Leistungschecks noch weitere geben. Das Postulat kann daher abgeschrieben werden.

Anders verhält es sich bei der Motion von Martin Rügegg 2006/255. Man findet es gut, dass im Niveau P Sport als Promotionsfach eingeführt wird. Sport soll aber auch

im Gymnasium als Promotionsfach anerkannt werden. Mit der Abschreibung der Motion ist man nicht einverstanden.

Schliesslich nimmt die SP Kenntnis vom Zwischenbericht zur Motion 2005/126, welcher fest hält, dass es zur integrativen Schulung eine spezielle Vorlage geben soll. Man ist einverstanden damit, dass die Motion noch nicht abgeschrieben wird.

Nach Meinung von **Paul Wenger** (SVP) ist es nicht verwunderlich, dass die in der Kommission vertretenen Parteien an ihren Meinungen fest halten. Nun sei die Optik der SVP-Fraktion eine etwas andere als die soeben dargestellte, meint er zu seinem Vorredner. Wenn Christoph Hänggi Vieles an den Postulaten, welche die SVP nicht abschreiben möchte, als Rückschritt und alte Ideen bezeichnet, so sehe man das ein wenig anders. Die nun von Bildungsdirektor und seinen Leuten in Angriff genommene Umsetzung von HarmoS schliesse keineswegs aus, dass gewisse Elemente der Postulate auch sinnvoll in die Umsetzung von HarmoS eingebaut werden können. In all den Postulaten habe es vernünftige Ideen, die noch nicht umgesetzt sind. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen der Kommission vollumfänglich folgen und die Postulate Steiner, Völlmin, Brenzikofer und Rüegg nicht abschreiben. Alles Weitere sei ausführlich von Karl Williman dargelegt worden.

Regina Vogt (FDP) stellt fest, dass die zur Diskussion stehenden Vorstösse eine Änderung auf Verordnungsstufe verlangen würden. Die Anliegen an sich seien berechtigt. Die FDP ist heutigentags nochmals eingehend auf das Geschäft eingegangen und kam zum Schluss, grossmehrheitlich dem Kommissionsantrag zu folgen. Man hält fest, dass mit Blick auf die Umsetzung von HarmoS die Kohärenz im Beurteilungssystem eines der wichtigsten Kriterien ist.

Christian Steiner (CVP) findet, die Vernehmlassung und Eingaben zur VO BBZ seien von der Regierung seriös evaluiert und überprüft worden. Allerdings kann die CVP/EVP-Fraktion die daraus resultierende 'etwas willkürliche' Empfehlung auf Abschreibung nicht nachvollziehen. Sie folgt daher grossmehrheitlich dem Kommissionsantrag. Man ist sich bewusst, dass mit HarmoS noch einige Veränderungen bevorstehen. Nichtsdestotrotz soll durch die Nichtabschreibung der Postulate gegenüber den HarmoS-Kantonen ein gewisser Druck aufgesetzt werden, damit bestimmte Elemente bei der Umsetzung einfließen.

Auch **Jürg Wiedemann** (Grüne) stellt fest, dass es mit der Umsetzung von HarmoS einige Veränderungen geben wird. Im Rahmen dieser Veränderungen muss auch das Beurteilungssystem geprüft werden. Und genau in diese Richtung zielen die Vorstösse. Nach Ansicht der grünen Fraktion müssen auch im Rahmen der Umsetzung von HarmoS die einzelnen Punkte der teilweise grossmehrheitlich vom Landrat überwiesenen Vorstösse eingebracht werden.

Eine grosse Mehrheit der Grünen ist gegen eine Abschreibung des Postulats von Christian Steiner. Einstimmig nicht abgeschrieben werden sollen die Postulate von Dieter Völlmin und Florence Brenzikofer. Zum Vorstoss Brenzikofer ist Folgendes zu bemerken: Im heutigen System werden nur die Fächer Deutsch, Mathematik und Mensch /Umwelt bewertet. Mit dem Vorstoss möchte man

erreichen, dass es in den ersten beiden Schuljahren gar keine Noten gibt und danach sämtliche Fächer beurteilt werden. In der grünen Fraktion könnte man sich auch vorstellen, während drei oder vier Jahren keine Noten zu geben. Eine frühe Unterscheidung in Fächer, die stärker oder weniger stark gewichtet werden, hält man für falsch.

Betreffend das Postulat von Bea Fünfschilling ist man für Abschreibung, da die zukünftige Handhabung durch HarmoS in eine vernünftige Richtung geht.

Zur Motion von Martin Rüegg hält er als Teil einer Minderheit in der Fraktion fest, er sei inhaltlich mit der Bildungsdirektion einverstanden. Er habe damals die Überweisung der Motion abgelehnt; seines Erachtens soll Sport kein Promotionsfach sein. Die Mehrheit der grünen Fraktion nahm eine andere Position ein. Trotz seiner inhaltlichen Ablehnung verstehe er nun aber nicht, warum eine vom Landrat überwiesene Motion nicht vollständig umgesetzt wird. Daher spreche er sich, wie der Rest der grünen Fraktion, gegen eine Abschreibung der Motion Rüegg aus.

Gemäss Regierungsrat **Urs Wüthrich** (SP) machen sowohl die breite Palette parlamentarischer Vorstösse wie auch die angeregten und intensiven Diskussionen schon bei der Überweisung – aber auch in der Kommissionsberatung und heute – deutlich, wie sensibel und wichtig ganz offensichtlich das Thema Beurteilung von Schülerinnen und Schülern ist. Gleichzeitig zeigen die vom Kommissionspräsidenten aufgezeigten sehr unterschiedlichen Positionsbezüge, dass man sich in diesem Bereich nicht auf naturgesetzliche, gesicherte Erkenntnisse abstützen kann, sondern dass sehr unterschiedliche Vorstellungen existieren. Immerhin setzt er Konsens bei folgenden Eckpunkten voraus: Beurteilungsgerechtigkeit, Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Praktikabilität der Beurteilungsverfahren.

Die Gewaltentrennung ist bei all dem unverzichtbar für das Funktionieren einer modernen Demokratie, das heisst, die klare Zuordnung von Kompetenzen an Parlament, Regierung und Gericht. Ebenso wie die Regierung Entscheide des Kantonsgerichts akzeptieren muss, unabhängig davon, ob sie mit dem Urteil einverstanden ist, so muss das Parlament die Entscheide im Zuständigkeitsbereich der Regierung akzeptieren, auch wenn es diese mittels Vorstössen kritisieren und hinterfragen kann; die Kompetenz der Exekutive wird durch parlamentarische Vorstösse nicht tangiert. Wichtig zu erwähnen ist dabei, dass diese Spielregeln nicht von irgend jemandem erfunden wurden; vielmehr wurden die Zuständigkeiten richtigerweise vom Parlament definiert. Diese Klarstellung ist wichtig in Zusammenhang mit den Abschreibungsanträgen des Regierungsrates.

Für den Regierungsrat gibt es aber selbstverständlich auch inhaltliche Gründe für die Überzeugung, die geltenden Spielregeln in ihrer Substanz weiterzuführen. Dazu zwei Stichworte:

1. Akzeptanz und Bewährtheit: In einer sorgfältigen und breit abgestützten Standortbestimmung auf der Grundlage einer externen Evaluation hat sich klar bestätigt, dass das aktuelle Modell praxis- und zukunftstauglich ist. Zu verweisen ist auch auf die positiven Ergebnisse der externen Evaluation der BL-Orientierungsarbeiten.

2. Kontinuität: Dem Bildungsbereich wird immer wieder vorgeworfen, Neuerungen einzuführen, bevor man zu bestehenden Regelungen gesicherte Erfahrungen sam-

men und sich damit eine gefestigte Praxis entwickeln konnte. Aus Rücksicht auf die Schulen, die Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer sowie auf die Schülerinnen und Schüler mit Eltern will der Regierungsrat die gut eingeführte, aktuelle Regelung weiter führen. Eine pragmatische, sanfte Weiterentwicklung im Rahmen der Umsetzung von HarmoS im Rahmen des Bildungsraums ist selbstverständlich vorgesehen.

Fazit: Der Regierungsrat hat die parlamentarischen Aufträge erfüllt. Er hat sorgfältig geprüft, ausführlich berichtet und seine Positionen begründet, unabhängig davon, ob diese Positionen der parlamentarischen Erwartung entsprechen. Konsequenterweise sind die Vorstösse abzuschreiben. Abzuschreiben, weil die weiteren Entscheidungen nicht im Zuständigkeitsbereich des Landrates liegen, d.h. die Vorstösse haben ihren Zweck erfüllt. Einen anderen Zweck können sie, gestützt auf die geltenden Spielregeln, nicht erfüllen.

Entgegen der vom Kommissionspräsidenten geäußerten Auffassung, die Bildungsdirektion sei gegenüber parlamentarischen Vorstössen resistent, betont Urs Wüthrich, der Regierungsrat sei richtigerweise gegen die Missachtung der Gewaltentrennung, welche im Kanton BL genau so wie in allen modernen Demokratien respektiert werden müsste.

Beatrice Fuchs (SP) schreitet zur Abstimmung über die Abschreibung der verschiedenen Vorstösse.

Postulat 2007/093

://: Der Landrat spricht sich mit 73 : 7 Stimmen für eine Abschreibung des Postulats 2007/093 aus.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.04]

Kenntnisnahme des Zwischenberichts zu Motion 2005/126 von Jacqueline Simonet

://: Mit 77 : 2 Stimmen nimmt der Landrat zustimmend Kenntnis vom Zwischenbericht zur Motion 2005/126.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.05]

Postulat 2004/245 von Christian Steiner

://: Mit 21 Ja- : 59 Neinstimmen bei 1 Enthaltung spricht sich der Landrat gegen eine Abschreibung des Postulats 2004/245 aus.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.06.07]

Postulat 2005/144 von Dieter Völlmin

://: Das Postulat 2005/144 wird vom Landrat Mit 26 Ja-: 54 Neinstimmen nicht abgeschrieben.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.06.49]

Postulat 2005/146 von Florence Brenzikofer

://: Das Postulat wird mit 25 Ja-: 55 Neinstimmen bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.07]

Motion 2006/225 von Martin Rüegg und Kenntnisnahme Ergänzung Karl Willimann

://: Mit 25 Ja- : 52 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen spricht sich der Landrat gegen eine Abschreibung des Postulats aus.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.08.15]

Kenntnisnahme der Berichts zur Standortbestimmung VO BBZ der Regierung

://: Mit 77 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen nimmt der Landrat den Bericht zur Kenntnis.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.08.54]

Landratsbeschluss betreffend Bericht zur Standortbestimmung über die VO BBZ

vom 23. Juni 2011

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Vom Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat 2007/093 von Bea Fünfschilling: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Folgende Vorstösse werden nicht abgeschrieben:
 - Postulat 2004/245 vom 23. September 2004, Christian Steiner: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule
 - Postulat 2005/144 vom 26. Mai 2005, Dieter Völlmin: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen
 - Postulat 2005/146 vom 26. Mai 2005, Florence Brenzikofer: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen
 - Motion 2006/225 vom 21. September 2006, Martin Rüegg: Sport als Promotionsfach
4. Vom Zwischenbericht zur Motion 2005/126, Jacqueline Simonet: Ergänzungen des Bildungsgesetzes betr. Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung, wird Kenntnis genommen.

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2784

11 2011/103

Berichte des Regierungsrates vom 5. April 2011 und der Justiz- und Sicherheitskommission vom 16. Mai 2011: Postulat 2009/168 von Regula Meschberger: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols; Abschreibungsvorlage

Urs von Bidder (EVP) stellt vorweg fest, er trete hiermit zum letzten Mal als Präsident der Sicherheits- und Justizkommission auf. Er bedankt sich in diesem Zusammen-

hang bei allen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen.

Anlass des Postulats waren die Vorkommnisse um die selbst ernannte Bürgerwehr in Birsfelden. Ziel des Postulats ist eine Klärung der Frage, wie sich der Regierungsrat in Zukunft die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols vorstellt. Dem Antrag des Regierungsrates auf Abschreibung des Postulats wurde am 20. Mai 2010 mit 40 : 34 Stimmen nicht stattgegeben und das Postulat somit zur Überarbeitung an die Regierung überwiesen.

In der Vorlage des Regierungsrates wie auch in der Kommissionsdiskussion kam klar zum Ausdruck, dass die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates ist und bleibt. Die Polizei verfügt im zivilen Bereich über das Gewaltmonopol und sie ist nicht nur berechtigt, sondern manchmal auch verpflichtet, Zwangsmassnahmen anzuwenden. Um das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen zu können, braucht es auf kommunaler und kantonaler Ebene eigentlich keine zusätzlichen Strategien, kam in der Diskussion in der Kommission zum Ausdruck. Sondern es braucht vor allem die nötigen Ressourcen, besonders in personeller Hinsicht. Dies konnte auch im Evaluationsbericht der Kantonspolizei, der noch in den Landrat kommen wird, nachgelesen werden.

Nun habe man gehört, dass die Bildung solcher Bürgerwehren am erfolgreichsten verhindert werden kann, wenn das Sicherheitsniveau im Kanton Baselland gehalten und nicht vernachlässigt wird und man es allenfalls, wo nötig, auch verbessert; dies sei einsichtig. Man hat die klare Haltung, die auch seinerzeit in den Medien kommuniziert wurde, begrüsst. Der Fall Birsfelden hat die Sensibilität gegenüber diesem Thema erhöht. Bekanntlich suchen Sicherheitsdirektion und Kantonspolizei das Gespräch mit den Gemeinden an den bisher an 7 Orten eingerichteten Runden Tischen, deren Zahl auch erweiterbar ist. Wenn es möglich ist, frühzeitig zu erkennen, was in den Gemeinden los ist, so sollten Vorfälle wie in Birsfelden verhindert werden können. Solche sind auch seit längerem kein Thema mehr. Die JSK beantragt dem Landrat einstimmig, das Postulat Meschberger abzuschreiben.

Regula Meschberger (SP) selbst wie auch die SP-Fraktion unterstützen die Abschreibung des Postulats nach dem ausführlichen Bericht der Regierung, der einen klaren Positionsbezug zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols darstellt und die klare Aussage beinhaltet, dass sofort und frühzeitig eingegriffen würde, sollten sich solche bürgerwehähnlichen Situationen bilden. Man ist einverstanden und bedankt sich.

Rosmarie Brunner (SVP) bedankt sich bei der Sicherheitsdirektion für die gute Beantwortung des Postulats und spricht sich namens SVP für Abschreibung aus.

://: Der Landrat stimmt der Abschreibung des Postulats 2009/168 mit 60 : 0 Stimmen zu.

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2785

12 2011/120

Berichte des Regierungsrates vom 19. April 2011 und der Bau- und Planungskommission vom 9. Juni 2011: Beantwortung Postulat 2007/115 von Hanni Huggel betreffend «Mit dem ÖV ins römische Theater in Augusta Raurica»; Abschreibungsvorlage

Kommissionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) hält fest, der – wenn auch kurze – Bericht enthalte alles Wesentliche. Zu Punkt 2.1. klärt er inhaltlich, dass es sich bei der hier genannten Wegweisung um eine Weisung des Weges, etwa vom Bahnhof zum Römischen Theater hin und nicht um eine Weisung weg von irgendwo handelt. An dieser Stelle bedankt er sich als scheidender BPK-Präsident für die Mitarbeit des Kommissionssekretärs sowie für die gute Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidenten. Er hofft, auch sein Nachfolger, Franz Meyer, könne von dieser grossen Dienstleistung profitieren und so seine Kommission erfolgreich durch die nächsten vier Jahre führen.

Hanni Huggel (SP) wurde in die BPK zur Anhörung eingeladen und ist mit einer Mehrheit der SP-Fraktion nicht einverstanden mit der von der Kommission beantragten Abschreibung. Sie begründet: Einerseits sei klar noch nichts 'gegangen' und nur die Absicht geäussert worden, man wolle bezüglich Wegbezeichnung etwas unternehmen. Zum Ändern besteht offenbar das Problem der Namensverwechslung mit Salina Raurica. Mittlerweile würden viele Leute, die eigentlich Augusta Raurica besuchen wollen, bei dieser Haltestelle aussteigen wegen der Bezeichnung «Raurica». Damit entstehe eine doppelte Verwirrung, indem die Leute glauben, von Salina Raurica kämen sie leicht nach Augusta Raurica, was nicht der Fall ist. Nun sei aber der Weg vom Bahnhof Kaiseraugst her aufgrund der schlechten Beschilderung ebenso wenig gut zu finden.

Zwar sei es lobenswert, dass nun Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden Augst und Kaiseraugst vorgesehen sind, um einen vernünftigen Weg über den Violenbach zu finden; dies sei aber nicht mehr als nur eine Absichtserklärung. Im Übrigen sei es nicht allein eine Angelegenheit der Gemeinden, denn immerhin ist Augusta Raurica eine bedeutende kantonale Kulturstätte mit dem Anspruch, einmal als Weltkulturerbe aufgenommen zu werden. Daher ist der Kanton auch verpflichtet, allen Besuchern zu ermöglichen, den Weg dorthin gut zu finden. Bei einem kürzlichen Augenschein habe sie feststellen müssen, dass der relativ weite Weg nach Augusta Raurica tatsächlich immer noch ungenau bezeichnet ist. Sie bittet darum, das Postulat stehen zu lassen, um ein wenig Druck zu machen.

Daniela Gaugler (SVP) und die SVP-Fraktion folgen der Kommission und sind für Abschreiben des Postulates. Die Beschilderung der Wege von beiden Stationen aus, deren Distanzen nur unwesentlich differieren, wird durch die Bildungs- und Kulturdirektion ergänzt werden, daher sieht sie keinen weiteren Handlungsbedarf.

Nach Meinung von **Hanspeter Frey** (FDP) sagen sowohl der Kommissionsbericht wie auch die Vorlage alles aus, um das Postulat als erfüllt abschreiben zu können. Die

Forderung «Mit dem ÖV ins Römische Theater» sei erfüllt. Wohl konnte man in der Kommissionsberatung einen Zielkonflikt fest stellen mit der Benennung der Regio-S-Bahnstation Salina Raurica. Doch kann dem Kommissionsbericht entnommen werden, dass eine Umbenennung massive Kosten mit sich bringen würde. Warum der Kanton BL diese Kosten übernehmen soll, ist für die FDP nicht nachvollziehbar.

Einig geht man mit Hanni Huggel in Bezug auf den Wunsch nach einer besseren Beschilderung. Dies lasse sich aber auch ohne Stehenlassen des Postulats umsetzen. Daher ist die FDP-Fraktion der Meinung: abschreiben und vorwärts schauen!

Franz Meyer (CVP) von Seiten CVP/EVP- Fraktion ist wie der Regierungsrat und die grosse Mehrheit der BPK der Meinung, dass das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden soll. Man hat gehört, dass es mit der Gemeinde Kaiseraugst ein Vorprojekt für die Fussweg-Passerelle gibt und ist der Ansicht, mit einem Stehenlassen des Postulats kann nichts weiter bewirkt werden.

://: Das Postulat 2007/115 wird vom Landrat mit 43 : 21 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.22]

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2786

13 2010/384

Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende

Der Antrag der Regierung lautet auf Abschreibung, erklärt Landrats-Vizepräsident **Urs Hess**. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Elisabeth Augstburger (EVP) bedankt sich bei der Regierung für die Begründung, ist aber mit der Abschreibung aus folgenden Gründen nicht einverstanden: Es ist eine Tatsache, dass die Asylverfahren beim Bund viel zu lange dauern. Dies wird in den Kantonen immer wieder moniert. Dabei verweist sie auf ihre eigene damalige Interpellation mit dem Titel «Langwierige Asylverfahren». Verändern tue sich aber nichts. Sie berichtet von einem Asylbewerber mit Status N, welcher mit seiner Familie schon sechs Jahre wartet.

Müssen die Asylbewerber bei einer Behörde vorsprechen und können kein Deutsch, so brauchen sie einen Übersetzer, was mehr kostet als ein Deutschkurs von ca. CHF 200 – 300 pro Semester. Nun habe sie von zwei Asylheimen die Mitteilung erhalten, dass von ihren Leuten, die anfänglich Status N hatten bis auf einen alle den Status F und später den Status B erhalten haben. Es geht hier also nicht um Hunderte von Asylsuchenden mit Status N. Ein weiterer Punkt: Wird jemand tatsächlich in sein Land zurück geschickt, so hat er dort keine Chance. Mit einigen Deutschkenntnissen habe er aber im neuen Land mehr Chancen auf eine Arbeit. So weiss sie vom Fall

eines Asylsuchenden, der in den Kosovo zurück kehren musste und dort nun im Übersetzungsdienst (Deutsch) tätig ist. Haben die Asylsuchenden keine Beschäftigung, so ergeben sich andere Probleme, z. B. die Gefahr von erhöhtem Alkoholkonsum oder Kriminalität; dieses Risiko besteht, ohne verallgemeinern zu wollen. Ist jemand jahrelang hier und erhält dann den Status F, mit welchem er oder sie einen Deutschkurs absolvieren könnte, so ist die Motivation nicht mehr dieselbe. Die Integration solcher Personen ist dann mit Sicherheit viel schwieriger. Aus diesen Gründen bittet sie darum, das Postulat zu überweisen, aber nicht abzuschreiben.

Mirjam Würth (SP) schliesst sich der Einschätzung ihrer Vorrednerin an und führt weiter aus: Seit der Asylgesetzrevision 2008 gibt es für die Leute mit dem Status N – also Nichteintretensentscheid – keine Deutschkurse mehr. Dieser Status kann aber verändert werden. Kommen die Leute frisch ins Land, so sind sie motiviert, die Sprache zu lernen. Mit dem Spracherwerb können sie auch die Kultur verstehen, sich entsprechend benehmen und anpassen. Die Lernkurve ist dann noch hoch ebenso wie die Motivation. Sie kommen hierher, weil sie sich integrieren möchten. Heute ist es so, dass solche Kurse nur noch von Gemeinden, also sehr eingeschränkt, finanziert werden können. Nun könne es nur positiv für den Kanton sein, wenn die Leute nicht auf der Strasse herumlungern und überhaupt nicht verstehen, worum es geht, sondern mit dem ermöglichten Spracherwerb auch die hiesigen Wertvorstellungen verstehen und beachten können. Die wenigen, die mit einem Nichteintretensentscheid schliesslich zurück geschickt werden müssen, für die also die CHF 300 Kursgeld 'verschwendet' waren, haben auf einem kleinen Blatt Platz. In diesem Sinne bittet auch sie um Überweisung des Postulats und Nichtabschreibung.

Rosmarie Brunner (SVP) und die SVP sind klar der Auffassung, dass das Postulat nicht überwiesen werden darf. Es könne nicht sein, dass Personen mit einem Nichteintretensentscheid Sprachkurse oder Beschäftigungsprogramme angeboten erhalten. Das hat die Regierung in ihrer Antwort ganz klar deklariert. Für die SVP schießt dieser Vorstoss übers Ziel hinaus.

Marie-Theres Beeler (Grüne) hält fest, dass zur Bewältigung des Alltags für jeden Menschen Kommunikation unabdingbar ist. Jemandem zu verweigern, die Sprache seines Umfeldes zu erlernen, sei menschenunwürdig. Die Forderung des Postulats, dass Menschen mit Status N Recht auf den Besuch von Deutschkursen hätten, ist in keiner Weise erfüllt, somit könne das Postulat auch nicht abgeschrieben werden. Andere Kantone bieten diese Möglichkeit, was beispielsweise dem Umgang in den Asylzentren zugute kommt. Menschen aus unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichen Sprachen können so miteinander und mit den Mitarbeitenden kommunizieren. Dieselbe Sprache ermöglicht es auch, sich so zu verhalten, dass man verstanden wird. Wie bereits von der Postulantin erwähnt, ist es auch für Menschen, die in einem Land um Asyl ersucht haben, ohne dass ihnen dies gewährt wurde wesentlich, dass sie in der Wartezeit etwas einigermaßen Schlaues gemacht haben und eine menschenwürdige Behandlung erfahren haben. Und das beinhaltet mit, dass sie sich mit den dort lebenden Menschen in einer Sprache verständigen konnten und nicht mit ei-

nem zusätzlichen Defizit zurück kehren und belastet sind. Die Grünen sind für Überweisung und gegen Abschreibung.

Die FDP schliesst sich den Ausführungen der Regierung an und ist für eine Überweisung bei gleichzeitiger Abschreibung des Postulats, erklärt **Siro Imber** (FDP). Man will nicht, dass sich diese Personen hier integrieren, weil sie eben nicht hier bleiben sollen. Der Entscheid soll nicht vorweg genommen werden. Integration soll stattfinden, wenn die Personen in der Schweiz bleiben können, und nicht vorher. Man kenne all die Fälle, in denen Personen zu fest integriert sind; es werde dann immer schwieriger, die ausländerrechtlichen Bestimmungen durchzusetzen. Der Regierungsrat hat Stellung bezogen. Er zeigt keine Bereitschaft. Nun habe ein Postulat aufgrund der Gewaltenteilung – wie heute von Regierungsrat Urs Wüthrich zu vernehmen war – beschränkte Möglichkeiten; diese seien ausgeschöpft. Die Regierung hat ihre Aufgabe erfüllt, daher kann das Postulat abgeschrieben werden.

://: Der Landrat stimmt der Überweisung des Postulats 2010/384 mit 42 : 37 Stimmen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.31.02]

://: Mit 38 Ja- : 41 Nein-Stimmen spricht sich der Landrat gegen eine Abschreibung des Postulats aus.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.31.40]

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2787

14 2011/098

Interpellation von Ruedi Brassel vom 31. März 2011: Denkmalgeschützte Brandruine in Augst. Was macht die Regierung? Schriftliche Antwort vom 24. Mai 2011

Ruedi Brassel (SP) gibt eine kurze Erklärung ab und dankt dem Regierungsrat für die Antwort. Diese zeige einen gewissen Handlungsbedarf, aber wenig Handlungsmöglichkeiten auf. Das ist nun so und deshalb kann auf eine Diskussion verzichtet werden.

://: Damit ist die Interpellation 2011/098 erledigt.

Für das Protokoll:
Miriam Schaub, Landeskanzlei

*

Verabschiedungen der aus dem Rat ausscheidenden Landrätinnen und Landräte durch Landratspräsidentin Beatrice Fuchs

Das Verabschieden so vieler Kolleginnen und Kollegen fällt mir nicht ganz leicht. Für das Ausscheiden aus dem Landrat gibt es diverse Gründe: Das Wahlsystem, das einzelne Wahlergebnisse, die «Amts Guillotine», der Aufbruch zu neuen Ufern oder Wahl in den Regierungsrat. Nicht

alle vierundzwanzig zu Verabschiedenden gehen freiwillig. Nehmen Sie den Abschied sportlich und sehen Sie in als Neuanfang.

«Der, welcher geht, nimmt stets ein Stück von denen mit, die bleiben, und ebenso lässt er von sich etwas zurück beim Scheiden.»

Das sieht für jeden anders aus, es lässt sich nicht benennen, doch wenn man mit dem Herzen schaut, dann wird man es erkennen.»

Dorothee Dyck-Baumann

Landratsmitglied seit dem 14. Januar 2010, Mitglied der CVP/EVP-Fraktion. Sie war Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Einen Vorstoss hat sie eingereicht: «Standesinitiative der CVP/EVP-Fraktion: Steuerliche Entlastung von freiwillig Tätigen».

Wie man deinen Nachnamen ausspricht – das wollte ich dich das ganze Jahr über fragen. Liebe Dorothee, ich danke dir ganz herzlich für deine Arbeit im Landrat und wünsche dir alles Gute für die Zukunft. [Applaus]

Barbara Peterli Wolf

Landratsmitglied seit dem 14. Oktober 2010, Mitglied der CVP/EVP-Fraktion. Sie war in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission tätig. Folgende zwei Vorstösse hat sie eingereicht: «Stopp der wilden Plakatflut im Baselbiet!» und «Für Massnahmen gegen den Rückgang der Freiwilligenarbeit».

Liebe Barbara, es war ein kurzer Aufenthalt bei uns. Du hast den richtigen Ton gehabt – ich war von Beginn weg von deiner Stimme und deinem Tempo begeistert. Schade können wir sie nicht weiterhin hören. Ich wünsche dir, deinem «Buschi», deinem Mann und deiner Tochter alles Gute für die Zukunft – und denk zwischendurch an uns! [Applaus]

Peter Schafroth

Landratsmitglied seit dem 14. Januar 2010, Mitglied der FDP-Fraktion. Eingereichte Vorstösse: 0 [spontaner Applaus]. Peter Schafroth ist ein scharfer analytischer Denker, einer der alles hinterfragt. Dies kommt ihm sicherlich auch ausserhalb des Landrats zugute. Auch dir, lieber Peter, alles Gute für die Zukunft! [Applaus]

Bruno Baumann

Landratsmitglied seit dem 15. Januar 2009, Mitglied der SP-Fraktion. Er war in der Petitionskommission und der Geschäftsprüfungskommission tätig. In seiner Landratszeit hat er sechs Vorstösse eingereicht, unter anderem «Missbräuche bei der Personenfreizügigkeit», «Mehr Arbeitsinspektionen – weniger Gesundheitskosten» und «Stellenabbau bei der Clariant». Im Landrat ist er der linke Gewerkschafter, im FC Landrat der Abwehrchef im Zentrum. Egal ob in Birsfelden, Nyon oder Hamburg – von seiner grossen Durchhaltefähigkeit zeugt, dass er in Hamburg am Sonntagmorgen um fünf Uhr unerschrocken über den Fischmarkt zog. Dazu ist er der Gründer des Veloclubs Landrat. Und auf den höchsten Hügeln erinnert ihn das Baselbiet an sein Entlebuch. Alles Gute Bruno!

[Applaus]

Josua Studer

Landratsmitglied seit dem 15. Januar 2009. Partei: SVP ist durchgestrichen – daneben steht SD. Er hat sieben Vorstösse eingereicht. Darunter: «Landratssitzungen als Podcast». Josua Studer ist ein engagierter Buschauffeur. Er hat alle Fahrausweise bis auf das Führen von Panzerfahrzeugen. Ich lese Ihnen einen kurzen Brief vor: «Beim letzten Spiel des FC Landrat gegen den FC Roche Direktion erlitten wir drei verletzungsbedingte Ausfälle. Eine Verletzung war gravierend und wir hatten keinerlei Medizinmaterial, um zu verarzten. Dies veranlasste mich, auf der Website von Perskindol nachzuschauen, ob eine entsprechende Medizintasche zu erwerben ist. Dort entdeckte ich, dass Kurse angeboten werden, in welchen man die Kenntnisse der Sportmassage, der Sportverletzungserkennung und dem Taping erwerben kann. Sofort war mir klar, dass dies genau das Richtige für den FC Landrat ist. Ich meldete mich für das Wochenende 18./19. Juni 2011 an. Denn ich verbleibe auch nach dem Ausscheiden aus dem Landrat dem FC Landrat als Spieler erhalten, zukünftig zusätzlich als Mediziner.» *[spontaner Applaus]*. Josua, ich bin gespannt, wann du die erste Operation auf dem Spielfeld durchführst! Alles Gute! *[Applaus]*

Petra Studer

Landratsmitglied seit dem 1. September 2009, Mitglied der FDP-Fraktion, war in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission tätig. Unter anderem reichte sie den Vorstoss «Transparente Information über die medizinische Behandlungsqualität im Hinblick auf die neue Spitalfinanzierung und der freien Spitalwahl» ein. Petra, du bist eine aktive Grenzgängerin. Ich hoffe, du bleibst dabei, denn die Region braucht sie. Sie braucht solche politische Menschen wie du bist. Nur das Beste für deinen zukünftigen Weg! *[Applaus]*

Nelly Dambach

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 2008, Mitglied der SP-Fraktion. Sie war in der Personalkommission tätig. Folgender Vorstoss wurde von ihr eingereicht: «Darf Kantonbank-Tochter für Atomstrom werben?» Nelly Dambach ist immer mutig für die Grundwerte eingestanden. Ich hoffe, sie wird dies auch weiterhin tun. Sie hat mir auch einmal erzählt, dass sie sich geehrt fühlt, mit so vielen «gescheiterten Leuten» – damit meint sie uns Landratsmitglieder! – zusammen zu arbeiten. Nelly, bleib weiterhin so politisch aktiv und alles Gute auf deinem Weg. *[Applaus]*

Urs Berger

Landratsmitglied seit dem 2. Juli 2007, Mitglied der CVP/EVP-Fraktion. Er war in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz sowie in der Finanzkommission tätig und er amtierte als Vizepräsident der Findungskommission Landschreiber/in. Urs Berger hat viele Vorstösse eingereicht, beispielsweise «Beiträge an die Berufsbildung», «Standesinitiative zur Verbesserung des Schutzes von jungen Erwachsenen im Rahmen des Konsumkreditgesetzes», «Gewaltfreie Jugend – gewaltfreie Schule» und «Kanton leistet Beiträge an Lager, Schulreisen und Exkursionen der Baselbieter Sekundarschulen». Urs Berger ist der «Mister Lehrstellen himself». Er hat sich immer mit vollem Elan für die Jugendlichen eingesetzt. Urs, das machst du einfach super. Herzlichen Dank und alles Gute! *[Applaus]*

Ueli Halder

Landratsmitglied seit dem 2. Juli 2007, Mitglied der SP-Fraktion. Er war in der Umweltschutz- und Energiekommission tätig und Mitglied der Redaktionskommission. Er reichte unter anderem den Vorstoss «Hochwasserschutz als Chance für Renaturierungen» ein. Ueli Halder ist oft elegant an der Grenze zwischen Witz und Spott entlang balanciert. Der Naturwissenschaftler hat als engagiertes UEK-Mitglied nahtlos die Nachfolge von seiner Frau Jacqueline angetreten. Im Weiteren hat er als Mitglied der Redaktionskommission journalistisches und sprachliches Gefühl bewiesen. Dank seinen Hinweisen ist manches Gesetz noch etwas besser – zumindest grammatikalisch – verständlich geworden. *[Applaus]*

Petra Schmidt

Landratsmitglied seit dem 2. Juli 2007, Mitglied der FDP-Fraktion. Sie war in der Spezialkommission Wahl Stellvertretung Ombudsman, in der Personalkommission und in der Bau- und Planungskommission vertreten. Unter anderem hat sie die Vorstösse «H2, Tunnel Schönthal, Arbeitsvergabe», «Humanitäre Einsätze von Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung» oder «Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes» eingereicht. Petra, du bist mir als engagierte und diskussionsfreudige Politikerin aufgefallen; immer etwas kritisch dem Denkmalschutz gegenüber. Gestern konnte man in der Zeitung lesen, dass du beruflich nochmals richtig durchstarten möchtest. Dafür wünschen wir dir viel Glück. *[Applaus]*

John Stämpfli

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 2007, Partei: Schweizer Demokraten. Kommissionen: keine. Unter anderem sind folgende seiner Vorstösse aufgefallen: «Rettung des Monteverdi-Museums» oder «EURO 08 Parlamentarier-Tickets an gemeinnützige Organisationen». Das hat mich damals unglaublich überrascht und das fand ich ganz toll. Lieber John, als letzter Mohikaner der Schweizer Demokraten konntest du die privilegierte Situation geniessen, die Parteimeinung immer einstimmig verkünden zu können *[Heiterkeit]*. Auf jeden Fall bis das «SD-Grüppli» dank dem Zuzug von Josua Studer plötzlich um hundert Prozent gewachsen ist – und ihr euch dann nicht mehr in allen Fragen einig wart. Mit John verliert der Landrat eines seiner fröhlichsten Mitglieder und das Fumoir einer seiner treuesten Besucher. *[Applaus]*

Urs von Bidder

Landratsmitglied seit dem 2. Juli 2007, Mitglied der CVP/EVP-Fraktion. Er war Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission und in der Geschäftsprüfungskommission tätig. Unter anderem hat er die Vorstösse «Der notwendige Ausstieg aus der Atomenergie bedingt rigores Energie-Sparen» und «Einführung von Klassenstunden in der Studentafel der Sekundarschule». Als evangelischer pensionierter Primarlehrer hat Urs von Bidder die idealen Voraussetzungen, eine Kommission aus lauter schwer disziplinierbaren Juristen und anderen Individualisten zu domptieren. Mit viel Geduld, Einfühlungsvermögen, liebevoller Nachsicht und dem Glauben an das Gute im Politiker hat er die Aufgabe als Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission gemeistert. Dass er im Juli nicht mehr im Landrat sitzt, hat nichts mit seinem eigenen Resultat zu tun, sondern liegt am Wahlsystem, das den

EVP-Sitz in einen anderen Wahlkreis verschoben hat. Ich wünsche dir Urs viel Gelegenheit zum durchatmen und zum Kraft schöpfen nach dem schlimmen Schicksalsschlag, der dich und deine Familie im April getroffen hat. Von uns allen alles Gute lieber Urs! *[langer Applaus]*

Claudio Wyss

Landratsmitglied seit dem 2. Juli 2007, Mitglied der CVP/EVP-Fraktion. Er war in der Personalkommission tätig. Unter anderem hat er die Vorstösse «Für einen kundenfreundlichen Fahrplan auf der Buslinie 72» und «Potential von Solaranlagen nicht ausgeschöpft» eingereicht. Auf den ersten Blick wirkt Claudio Wyss, der immer sachlich argumentierende Landrat, nicht gerade wie eine Party-Bombe. Aber wer erlebt hat, wie er sich für das Gruppenfoto für den FC Landrat in Hamburg eine verwuschelte feuerrote Riesenperücke über den Kopf gezogen hat, revidiert diesen Eindruck sofort. In der Fraktion wie in der Fussballmannschaft weiss man um den Wert des stillen, aber zuverlässigen Teamplayers. Alles Gute lieber Claudio! *[Applaus]*

Christoph Frommherz

Landratsmitglied seit dem 27. April 2006, Mitglied der grünen Fraktion. Er war Mitglied der Personalkommission und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission. Er hat neun Vorstösse eingereicht, unter anderem «Energiesparen an Schulen» und «Strom in der Verwaltung zu 100% aus erneuerbaren Energien». Christoph Frommherz ist ein thematischer Tausendsassa: nicht nur Landrat und Abfallpädagoge, sondern auch Theaterautor und Fussballer. Im FC Landrat ist er durch seine Schnelligkeit aufgefallen sowie, weil seine Tochter Anna einer der treuesten Fans dieses Teams geworden ist. Es ist zu hoffen, wir sehen uns immer mal wieder auf diesem Fussballplatz. Alles Gute! *[Applaus]*

Christa Oestreicher

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte *[Grosse Heiterkeit, da in Anspielung auf das kürzlich eingereichte Verfahrenspostulat von Christa Oestreicher «Undiszipliniertes Verhalten» die Landratspräsidentin hochdeutsch spricht]*, Frau Landrätin Christa Oestreicher ist seit dem 7. September 2006 Mitglied des Landrats. Sie war bis ins Jahr 2007 Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, bis ins Jahr 2010 Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission und aktuell in der Petitionskommission und in der Geschäftsprüfungskommission tätig. Sie hat drei Vorstösse eingereicht, unter anderem «Undiszipliniertes Verhalten im Landrat». Liegt es wohl an ihrem Nachnamen – Oestreicher? – dass sie sich und uns damit alte K+K Zeiten wünscht? Sofort nach Einreichung dieses Verfahrenspostulats hat das Büro des Landrats eine «Spezialkommission» einberufen. Diese Kommission hat die Aufgabe, angemessene Kleidung für den Landrat zu evaluieren. Hier ein Foto einer ersten Begutachtung *[die Landratspräsidentin legt ein Bild mit Bergarbeitermonturen auf – grosse Heiterkeit]*. Liebe Christa, wir danken dir! *[Applaus]*

Daniele Ceccarelli

Ich erinnere mich, wie Daniela Schneeberger jedesmal tief Luft holen musste, bevor sie diesen Namen aussprechen durfte. Der FDP-Fraktionspräsident war seit dem 1. Juli 2003 im Landrat. Er war bis ins Jahr 2007 in der Ge-

schäftsprüfungskommission, in der Justiz- und Polizeikommission und in der Redaktionskommission aktiv. Vielfältige Vorstösse wurden von ihm eingereicht, so «Bruderholzspital – Strategiewechsel zugunsten der Orthopädie?» oder «Dringlicherklärung; 2/3-Quorum». Ihm liegt die Politik und der Faust im Blut. Wussten Sie, dass sein Grossvater eines der ersten eingetragenen Mitglieder der italienischen Kommunisten war? – was ist daraus geworden... *[Heiterkeit]*. Im Rat und in den Kommissionen nahm er nie ein Blatt vor den Mund, er hat geredet wie ihm der Schnabel gewachsen ist und sich im Nachhinein manchmal dafür entschuldigt – was auch nicht jeder tun würde. Lele, keep on rocking! *[Applaus]*

Andreas Helfenstein

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 2003, Mitglied der SP-Fraktion. Er war in der Geschäftsprüfungskommission und in der Umweltschutz- und Energiekommission tätig. Andreas Helfenstein hat vor allem Vorstösse im Bereich öffentlicher Verkehr eingereicht wie «Wann kommt das Kombiticket?», «Entwicklungspotential der Regio-S-Bahn nutzen», «Mit der Bahn zum St. Jakob Park» oder «mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel». Ich glaube, niemand im Rat muss einen so grossen Spagat zwischen Beruf und Politik machen wie Andreas. In der GPK hat sein unternehmerisches Denken immer wieder die Kommissionskollegen und -kolleginnen überrascht. Ich hoffe, dass du den gewählten Ausstieg aus der Kantonspolitik nie bedauern musst. Aber wir bedauern, dass du gehst. Alles Gute. *[Applaus]*

Paul Jordi

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 2002, Mitglied der SVP-Fraktion und in der Personalkommission aktiv. Paul Jordi hat mehrere Vorstösse zum Thema erneuerbare Energien eingereicht. Er ist ein humorvoller und geselliger Mensch. Er spricht etwas «körperbetont», weshalb zu hoffen ist, dass der liebe Kollege Hanspeter Frey nebenan nicht allzu viele blaue Flecken abbekommen hat. Leider konnte ich dich nie in einer Kommission näher kennen lernen. Trotzdem wünsche ich dir alles Gute. *[Applaus]*

Romy Anderegg

Landratsmitglied seit dem 21. Juni 2001 und Mitglied der FDP-Fraktion. Sie war Mitglied der PUK Kantonsspital Liestal, der Geschäftsprüfungskommission, der Petitionskommission und der Bau- und Planungskommission. Sie hat unter anderem folgende Vorstösse eingereicht: «Anordnung von Radstreifen bei Kreiseln» und «175 Jahre Kanton Baselland: Mit neuem Schwung in ein Jubiläum!». Romy Anderegg ist immer gut frisiert – kein Wunder, ist sie doch «her Royal Hairdresser». Zudem hat sie die Muttenzer Politplattform «Lokal-Arena» gegründet, aufgebaut und moderiert und so die grosse Politik auf die kommunale Ebene geholt – eine Art Pfeffinger Forum im Kleinen. Nun hat sie etwas mehr Zeit für Ausfahrten mit ihrem «schnittigen» Sportwagen. Sie kennt jeden Autobahnabschnitt im deutschen Südwesten, wo es noch kein Tempolimit gibt. Bei uns wird das bald sehr teuer. Alles Gute liebe Romy. *[Applaus]*

Isaac Reber

Landratsmitglied seit dem 7. Juni 2000, Grüne Fraktion, seit dem 15. Januar 2009 Mitglied des Büros des Landrats. Er war in der Personalkommission, in der Bau- und Planungskommission, der Finanzkommission, in der IGPK UKBB, IGPK Universität und in der IGPK Rheinhäfen. Isaac Reber reichte 20 Vorstösse ein, unter anderem «Einführung einer Redezeitbeschränkung». Sei erster Vorstoss lautete «Urwaldfreundlicher Kanton» [*Heiterkeit*]. Im Weiteren ist er ein schnittiger Alfa Romeo Fan. Ich hoffe, dass jetzt, da die Toleranz-Grenze beim Radar dank deiner künftigen Direktion noch kleiner wird, Ende des Monats noch etwas von deinem Gehalt übrig bleibt! Ich habe dir als einzigem Landrat einmal das Wort abgeschnitten – ich hatte deinen Vorstoss zur Redezeitbeschränkung einfach zu wörtlich genommen, sorry! Aber du bleibst uns ja erhalten, und das ist gut so! Alles Gute.

[*Applaus*]

Judith van der Merwe

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 1999, Mitglied der FDP-Fraktion. Judith van der Merwe ist *die* Gesundheitspolitikerin und Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, der Interparlamentarischen Konferenz und der IGPK Universität, der IGPK UKBB und der IGPK Rheinhäfen. Judith van der Merwe reichte 16 Vorstösse ein, so «Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft», «Begleitkommission zur Erarbeitung der neuen Spitalliste» oder «Mehrkosten Spitalfinanzierung 2012». Beim Verfassen ihres Vorstosses zum undisziplinierten Verhalten muss Christa Oesterreicher Judith van der Merwe als positives Vorbild vor Augen gehabt haben. Bei der Verabschiedung von Judith van der Merwe aus der IGPK Universität vor zwei Tagen habe ich gehört, wie ein Basler Kollege zu einem Baselbieter Kollegen sagte: «Immer gehen die Besten». Liebe Judith, dem kann ich nur beipflichten. In all den Jahren warst du eine der am besten vorbereiteten Kolleginnen. Ich war zwischendurch in den IGPK immer recht froh zu wissen, dass Judith bestimmt alles gelesen und hinterfragt hatte. Du wirst uns und den IGPK sehr fehlen. Alles Gute!

[*Applaus*]

Eva Chappuis

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 1995, Mitglied der SP-Fraktion. Eva Chappuis war in der Personalkommission, in der Finanzkommission, in der Bildungs-, Kultur und Sportkommission und in der Justiz- und Sicherheitskommission tätig. Sie reichte unzählige bildungspolitische Vorstösse ein, beispielsweise «Gerechte Erziehungszulage für alle – unabhängig von der gewählten Lebensform» oder «Kinder- und Ausbildungszulagen». Eva Chappuis war schlichtweg die «Madame Dossierkenntnis der SP-Fraktion». Ihr haben immer alle zugehört, auch jene, die lieber nicht wollten. Mit ihrem trockenen Witz, mit und ohne Kopftuch, und mit ihrer oft unwiderlegbaren Argumentationskette war ihr die Aufmerksamkeit des Rats immer sicher. Oft stand in den Protokollen hinter ihren Äusserungen «Heiterkeit». Hyvästi rakas Eva! Das war Finnisch! Alles Gute.

[*Applaus*]

Peter Holinger

Landratsmitglied seit dem 1. Juli 1995, Landratspräsident 2008/2009, Mitglied der SVP-Fraktion. Peter Holinger war in der Personalkommission, in der Bau- und Planungskommission – diese präsierte er von 2003 bis 2007, in der Spezialkommission Wahl Stellvertretung Ombudsman, in der Interparlamentarischen Konferenz und natürlich im Oberrheinrat. Er reichte viele Vorstösse ein, unter anderem «Vier Spuren auf der Rheinstrasse in Frenkendorf/Füllinsdorf», «Verflüssigung des Verkehrs sowie Lärmschutz an der J2 und der Rheinstrasse im Abschnitt Liestal, Frenkendorf und Füllinsdorf» oder «Projekt für einen reduzierten Ausbaustandard der J2 im Bereich Liestal bis zum Autobahnanschluss Augst». Peter Holinger ist schlicht der «Monsieur Landratspräsident 2008/2009». Er ist ein souveräner Repräsentant für unseren Kanton, gleich in welcher Funktion. Er ist ein Netzwerker auf allen Ebenen – auch trinational. Ich wünsche ihm persönlich alles, alles Gute und viel Gesundheit. Peter heb dir Sorg.

[*Applaus*]

Hanspeter Frey

Es bleibt nur noch einer übrig: Hampe Frey war seit dem 1. Juli 1995 Landratsmitglied, Mitglied der FDP-Fraktion und Landratspräsident 2009/2010 – mein Lehrmeister. Er war in der Umweltschutz- und Energiekommission, in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, in der Spezialkommission öffentliches Beschaffungswesen, in der Spezialkommission Umsetzung neuer Finanzausgleich (NFA), in der Bau- und Planungskommission, in der Spezialkommission Parlament und Verwaltung, in der Interparlamentarischen Konferenz und im Oberrheinrat. Hanspeter Frey reichte unzählige Vorstösse zur Bau- und Verkehrspolitik ein. Der alt Landratspräsident ist ein alter Politfuchs, den ich schon seit vielen Jahren kenne und schätze. Politisch trafen wir diametral auseinander – ausser bei der Südumfahrung! Hanspeter Frey ist sich immer treu geblieben, sei es beim Flughafen, bei der Südumfahrung oder bei den AKW. Geniesse deine freie Zeit und besuche uns bald einmal wieder! Alles Gute.

[*Applaus*]

Schnellnachricht von Urs Wüthrich

Landratspräsidentin **Beatrice Fuchs** (SP) liest folgende Nachricht von Regierungsrat Urs Wüthrich vor: «Weil der FC Landrat in Sachen Verletzungspech sämtliche Rekorde schlägt, stellt die schnelle BKSD Josua Studer noch eine Medizinmann-Tasche zur Verfügung.

[*Josua Studer wird eine Perskindol-Medizinmann-Tasche überreicht – Heiterkeit und Applaus*].

Verabschiedung von Regierungspräsident Jörg Krähnenbühl durch Landratspräsidentin Beatrice Fuchs

Liebe Landratskolleginnen, liebe Landratskollegen, liebe Regierungsräte

Wir kommen jetzt an dieser letzten Sitzung der Legislatur zur Verabschiedung des 90. Baselbieter Regierungsrats. Regierungspräsident Jörg Krähnenbühl hat in den vergangenen vier Jahren die Bau- und Umweltschutzdirektion auf

vorbildliche und anerkannt umsichtige Weise geführt. Ich sage das ganz bewusst so. Er hat den Wechsel vom Präsidium der SVP-Fraktion in den Baslerbieter Regierungsrat mit viel Engagement und vor allem mit viel Verständnis für die Kollegialität und das Gesamtinteresse vollzogen. Die Rolle eines Regierungsrats zu übernehmen ist nicht ganz einfach, wenn man von der üblichen Fraktionsdisziplin herkommt. Im Regierungsrat geht es nicht darum, als Fraktion möglichst gut dazustehen, sondern darum, aus den verschiedenen Interessen etwas herauszukristallisieren, das für uns als Kanton gut und vernünftig ist. Vor allem: Was auch immer man parteipolitisch anstrebt, es muss schlussendlich machbar sein. Dies umfasst deshalb immer eine Verständigung auf eine Lösung, es gehört immer zwangsläufig dazu, dass man nicht mehr ausschliesslich Diener der eigenen Fraktion sein kann. Es ist deshalb auch so, dass ein Regierungsrat einen Rollenwechsel vollziehen muss, der in der Partei vielleicht nicht immer und überall auf gloriose Zustimmung stösst. Das kann er eigentlich von der Natur der Sache her gar nicht. Parteipolitisch gesehen mag dies die Schwäche einer Kollegialregierung sein. Aus dem Standpunkt unseres Kantons und vermutlich auch der grossen Mehrheit der Anwesenden ist dies unsere grosse Stärke. Die breite Verankerung unseres Regierungssystems verlangt deshalb immer Kompromisse. Dafür erhalten wir Stabilität und Kontinuität.

Jörg Krähenbühl hat es verstanden, elegant über verschiedene Schatten zu springen. Gleichzeitig hat er es verstanden, seine eigenen Wegmarken zu setzen. Unter seiner Führung sind viele Projekte vorangekommen, nicht nur im Bereich Strassen, sondern auch im Bereich Umweltschutz, im öffentlichen Verkehr, im Bereich der Altlasten oder im Bereich des für die Zukunft so wichtigen Richtplans.

Als Regierungsrat hat er politisch breite Schultern bekommen. Jörg Krähenbühl hat eine sehr verständnisvolle und kooperationsbereite Seite, er hat aber auch – und das teilt er mit den anderen Regierungsräten – eine durchaus entschlossene Art. In dieser Kombination haben wir dich, lieber Jörg, in den vergangenen vier Jahren als Regierungsrat kennen und schätzen gelernt. Ich bin zuversichtlich, dass deine Erfahrung, dein Wissen, dein Können und dein Engagement auch nach dem 1. Juli nicht einfach verkümmern werden, sondern weiterhin für neue Aufgaben von hohem Nutzen sind.

Persönlich durfte ich dich auf unseren gemeinsamen Ausflügen zur Olma und zum Sächsileuten besser kennenlernen. Du bist für mich ein ganz zuvorkommender Wegbegleiter gewesen. Dafür danke ich dir ganz herzlich. Dir und deiner Frau Alice alles Gute. Ich wünsche euch eine schöne Reise.

[Langanhaltende Standing Ovation, die Regierungspräsident Jörg Krähenbühl gerührt zur Kenntnis nimmt. Dem Regierungspräsidenten wird ein Reisegutschein überreicht.]

Verabschiedung von Beatrice Fuchs als Landratspräsidentin durch Regierungsvizepräsident Peter Zwick

Bea Fuchs und ich sind zusammen aufgewachsen. Wenn ich von der gemeinsamen Vergangenheit erzähle, wird

dies aber oft falsch gedeutet. Wir haben aber in der Kindheit oft gemeinsam zu Mittag gegessen und Hausaufgaben gemacht. Danach hatten wir uns für lange Zeit aus den Augen verloren. Dann, bei der Landratswahl 1999, sagte ich nur über ihre Schulter hinweg «sali Bea» – und obwohl ich etwas zugenommen hatte, erkannte Bea Fuchs mich sogleich wieder. Ich habe bei Bea viel erreicht, ausser dass sie in eine «anständige» Partei kommt und eine «anständige Politik» macht.

Ich erinnere mich, als Bea Fuchs mit dem Zepter beziehungsweise mit dem Taktstock die Basler Sinfonietta dirigierte. Auch auf dem Landratspräsidentenstuhl sass sie wie eine Dirigentin und meisterte die Sitzungsleitung sehr gut. Wenn einmal etwas nicht geklappt hat, hat sie es mit Humor überspielt und sie hat Humor verbreitet.

Auch Regierungspräsident Jörg Krähenbühl hat berichtet, dass Beatrice Fuchs und er sich bei diversen Anlässen gut vertreten haben und sehr gut miteinander ausgekommen sind. Für das gemeinsame Jahr bedankt er sich sehr. Jörg Krähenbühl ist von Beatrice Fuchs' Charme und ihrer Art überzeugt und dies wird ihm sehr in Erinnerung bleiben. Er hofft, dass auch er der scheidenden Landratspräsidentin in Erinnerung bleiben wird.

Regierungspräsident Jörg Krähenbühl überreicht Landratspräsidentin Beatrice Fuchs ein Abschiedsgeschenk.
[Stehender Applaus]

Abschiedsrede von Landratspräsidentin Beatrice Fuchs

Vielen herzlichen Dank für die Standing Ovation. Was bleibt von mir im Landrat zurück? Hoffentlich die Pausenfrüchte *[langer Blick zum designierten Landratspräsidenten des kommenden Amtsjahres, Urs Hess]*, die neue Kaffeemaschine und ein aufgeräumtes Präsidium: 350 behandelnde Vorstösse, heute sind noch 90 ausstehend. Mir bleiben einzigartige und schöne Erinnerungen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für die Möglichkeit, dieses Jahr erlebt haben zu dürfen. Ich bin dankbar, dass ich diese Arbeit machen durfte und zugleich bin ich erleichtert, dieses Amt weitergeben zu dürfen. Ich bedanke mich bei Landratsvizepräsident Urs Hess für die kollegiale Zusammenarbeit und wünsche ihm nur das Beste und gute Entscheide. Ein herzlicher Dank geht auch an Walter Mundschin für den Support, die Loyalität und sein freundschaftliches Wesen. Nun freue ich mich auf den Sommer und auf ein Wiedersehen mit allen, sei es im Landratssaal oder bei anderer Gelegenheit. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute, einen schönen Sommer und Sie sind zu einem kleinen Apéro eingeladen.

[Applaus]

*Für das Protokoll:
Miriam Schaub, Landeskanzlei*

*

Ende der Sitzung: 16:20 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

1. Juli 2011

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: